



Die Initiative „Neue Zeiten für Familie“.

Impulse aus der Praxis deutscher Großstädte für
eine kommunale Familienzeitpolitik.

Grußwort



Zu einer innovativen Stadtentwicklung gehören gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für Familien. Immer mehr Städte wollen explizit gute Orte für Familien sein, denn sie erkennen die Potenziale von Familien als Standortfaktoren, als Motoren für Wohlstand und gesellschaftliche Entwicklung. Der Wunsch, diesen Zusammenhang von Familienfreundlichkeit und städtischer Prosperität zu nutzen, war Ausgangspunkt der Initiative „Neue Zeiten für Familie“, in der mehr als die Hälfte der deutschen Großstädte mitwirkten. Großstädte gewinnen, wenn sie die Gestaltung der zeitlichen Rahmenbedingungen von Familien zu ihrer Aufgabe machen.

Gerade die Städte sind ein Spiegel der Vielfalt von Familien. Hier leben Familien in sehr unterschiedlichen Lebenssituationen: Familien, in denen beide Eltern berufstätig sind, Alleinerziehende, studierende Eltern. Sie alle stehen vor unterschiedlichen Herausforderungen im Familienalltag – ob mit kleinen oder größeren Kindern oder ob mit pflegebedürftigen Angehörigen. Für die meisten von ihnen sind deshalb stimmige zeitliche Bedingungen vor Ort so entscheidend, um Familie und Beruf gut vereinbaren zu können. Zeit für Familie zu haben, entscheidet mit über Wohlstand und Lebensqualität von Familien.

Über ein Jahr hat die Initiative den Austausch darüber, wie Familienzeitpolitik vor Ort gelingen kann, in Gang gesetzt – mit besonderem Engagement des Aachener Oberbürgermeisters Marcel Philipp und der Geschäftsstelle in Aachen sowie mit finanzieller Unterstützung meines Hauses. Dabei wurde deutlich, dass sich viele Städte die Verbesserung der zeitlichen Bedingungen für Familien bereits zur Aufgabe gemacht haben. Diese Broschüre trägt Beispiele dafür zusammen und lädt zur Nachahmung ein. Sie soll den Austausch zwischen den Städten weiter befördern und allen Interessierten gute Anregungen für die Gestaltung von Familienzeitpolitik vor Ort geben.

Manuela Schwesig
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Inhalt

Grußwort	3
Vorwort	5
I. Großstadtinitiative „Neue Zeiten für Familie“	6
Auf einen Blick	6
Hintergrund und Ziele der Initiative	8
II. Umsetzung und Best-Practice-Beispiele	16
Der Auftakt: Schwerpunktbildung und Agenda	16
Im Netzwerk Zeitkonflikte entschärfen: Standortfaktor Ferienbetreuung in Heidelberg	18
Familienzeitpolitik in einer Wissenschaftsstadt: Studieren, Forschen und Lehren mit Kind am Beispiel Darmstadt	22
Mehr Zeit für die Familie durch E-Government: Beispiel Dortmund	27
Familienzeit und Stadtentwicklung in Hannover	31
III. Ergebnissicherung: Nachahmung erwünscht!	40
Erkenntnisgewinn	40
Ausblick: Städte machen sich auf den Weg	40
Informationsmaterial auf der Compact Disc	42

Vorwort



Städte brauchen Familien. Das hatten die Städte, die sich zum Beitritt zu der Initiative „Neue Zeiten für Familie“ entschlossen haben, erkannt. Der demografische Wandel und die aktuelle Diskussion um den Fachkräftemangel zeigen, dass die sogenannten „weichen“ Standortfaktoren immer mehr an Bedeutung gewinnen. Den Familien geht es dabei schon lange nicht mehr nur um finanzielle Leistungen und eine bedarfsgerechte Infrastruktur, sondern auch um verlässliche und qualitätsvolle Zeit für sich.

Angeregt durch die Demografiestrategie der Bundesregierung ist die Initiative „Neue Zeiten für Familie“ entstanden. Oberstes Ziel der Initiative war die Einführung einer Familienzeitpolitik in den teilnehmenden Städten, der Austausch der Städte untereinander und damit die Förderung von Aktivitäten im Rahmen der Familienzeitpolitik. Nach über einem Jahr freue ich mich, eine durchweg positive Bilanz ziehen zu können.

Der wichtigste Schritt zur Umsetzung kommunaler Familienzeitpolitik ist getan, wenn diese als kommunale Aufgabe erkannt wird und eine Stadt sich auf den Weg macht, sich in diesem Bereich zu engagieren. Am Anfang stehen zunächst Bestandsaufnahme und Bedarfserkennung. Es gibt aber auch Bedürfnisse von Familien, die überall gelten und ohne aufwendige Verfahren erkennbar sind. Um hier anzusetzen, hilft es, sich einfach mal umzugucken, was in anderen Städten getan wird und welche Umsetzungsmodelle es für die verschiedenen Herausforderungen bereits gibt. Im Sinne der Familien sollten Städte nicht in Konkurrenz zueinander treten, sondern voneinander lernen. So wie es in der Initiative praktiziert worden ist.

Wir haben im vergangenen Jahr viele gute Praxisbeispiele kennengelernt. Und das nicht nur aus den Städten, die Workshops zu konkreten Themen durchführten, sondern auch aus anderen Kommunen. Der Austausch bei den Impulsveranstaltungen war sehr rege und die Diskussionen sehr fruchtbar. Es wurde deutlich, in wie vielen Bereichen die Städte selbst die Rahmenbedingungen anpassen können. Oder zumindest gemeinsam mit Akteuren aus der Wirtschaft oder den Hochschulen Veränderungen anstoßen und begleiten können.

Familienzeitpolitik ist eine Querschnittsaufgabe innerhalb einer Kommunalverwaltung. Eine wichtige Erfahrung bei den Impulsveranstaltungen war es, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedenen Fachbereichen einzubinden, vor allem diejenigen, die sich nicht tagtäglich mit dem Thema „Familie“ beschäftigen. So wurde die Idee der Familienzeitpolitik über die Jugendämter hinausgetragen und kann künftig bei vielen Projekten von vornherein mitgedacht werden.

Ich freue mich sehr, dass die Ergebnisse unserer Arbeit nun in dieser Broschüre zusammengestellt sind und hoffe, dass möglichst viele Städte, auch diejenigen, die nicht Teil der Initiative waren, von den Projekterfahrungen profitieren können. Ich wünsche Ihnen daher viel Freude beim Lesen, gute Erkenntnisse und eine erfolgreiche Arbeit im Sinne unserer Familien.

Marcel Philipp
Oberbürgermeister der Stadt Aachen

I.

Großstadtinitiative „Neue Zeiten für Familie“

Auf einen Blick

Der Oberbürgermeister der Stadt Aachen, Marcel Philipp, initiierte die Großstadtinitiative. Insgesamt 39 Städte aus dem gesamten Bundesgebiet wirkten in der Initiative mit. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) förderte „Neue Zeiten für Familie“ vom Oktober 2013 bis zum Dezember 2014.

Bei der Stadt Aachen, Fachbereich Verwaltungsleitung, wurde eine Geschäftsstelle als zentrales, bundesweites Koordinationsbüro für die Initiative eingerichtet. Die persönliche Referentin des Oberbürgermeisters leitete das 5-köpfige Team. Sie fungierte zudem als Ansprechperson für die Oberbürgermeisterbüros der an der Initiative teilnehmenden Städte. Zudem gehörte der städtische Familienbeauftragte und Koordinator des Lokalen Bündnisses für Familie zum Projektteam. Dies sicherte den Erfahrungstransfer aus anderen Projekten zur Familienfreundlichkeit.

Die Großstadtinitiative bot den Kommunen eine Plattform, sich zu vernetzen, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam Lösungsansätze für drängende Herausforderungen der kommunalen Familienzeitpolitik zu erarbeiten. Thematische Ausgangspunkte waren die Demografiestrategie sowie der Achte Familienbericht der Bundesregierung.

Familien brauchen Rahmenbedingungen, die ein gelingendes Familienleben, Entscheidung für Kinder und die Fürsorge füreinander unterstützen. Hierzu zählt ausreichend gemeinsame Zeit ebenso wie eine familienfreundliche Infrastruktur und materielle Sicherheit. Der Alltag von Familien ist jedoch vielfach geprägt von Zeitkonflikten der unterschiedlichsten Art und mangelnder Zeitsouveränität.

Hauptziele der Initiative „Neue Zeiten für Familie“ waren deshalb, Städte dabei zu unterstützen, bereichsübergreifend Familienzeitpolitik in den Kommunen zu implementieren und sich über konkrete Gestaltungsmöglichkeiten auszutauschen. Hierdurch angestoßene und daraus erwachsende insgesamt familienfreundlichere Strukturen ermöglichen es Familien, ihre Zeitkonflikte zu lösen und trotz diverser äußerer Taktgeber Zeitsouveränität zu gewinnen. Die Großstadtinitiative sollte darüber hinaus familiensensibles Bewusstsein bei allen beteiligten Akteuren auf kommunaler Ebene wecken.

Die Großstädte legten gemeinsam folgende Arbeitsschwerpunkte fest:

1. Ferienganztagsbetreuung in allen Ferienzeiten
2. Familienzeit in einer Wissenschaftsstadt
3. Familienfreundliche Verwaltung im Dienstleistungsbereich (E-Government)
4. Familienzeit in Stadtplanung und Infrastruktur

Die vorliegende Dokumentation fasst Vorgehensweise, Ergebnisse, Handlungsempfehlungen und weiterführende Informationen zur Initiative und zum Thema kommunale Familienzeitpolitik zusammen.

Zur besseren Lesbarkeit wird auf das Anführen von männlicher *und* weiblicher Form verzichtet. Alle Ausführungen beziehen sich gleichermaßen auf Personen beiderlei Geschlechts.

Von den teilnehmenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern unterzeichnete Erklärung:

STÄDTE BRAUCHEN FAMILIEN



Die Initiative „Neue Zeiten für Familie“
Von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern
deutscher Großstädte

Gute Rahmenbedingungen für Familien sind ein Vorteil im Wettbewerb um Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger und Wirtschaftskraft in den Kommunen und damit ein wichtiger Standortfaktor. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der Diskussion um den Fachkräftemangel gewinnt dies zusätzlich an Bedeutung. Auch die Demografiestrategie der Bundesregierung sieht hier ein Handlungsfeld. Städte brauchen eine gute ökonomische Basis und ein starkes gesellschaftliches Miteinander. Sie brauchen Familien.

Neben materieller Sicherheit und einer guten unterstützenden Infrastruktur ist Zeit ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität von Familien. Genügend, verlässlich verfügbare und gestaltbare Zeit ermöglicht Familiengründung, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ein gelingendes Familienleben. Ob, wann und wo eine Familie gegründet wird und wo sie dauerhaft lebt, hängt auch davon ab, wie stimmig die Zeitstrukturen in ihrem Umfeld sind. Sie beeinflussen die Bindung an und die Entscheidung für Lebensorte.

Typische Zeitprobleme von Familien ergeben sich aus der ungenügenden Synchronisation von Arbeitszeiten, Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen oder Schulen, Institutionen, Freizeiteinrichtungen und Handel, von Zeittaktungen im öffentlichen Nahverkehr oder von Angeboten lokaler Dienstleistungen. Je nach Struktur und Größe der Städte können sich die Zeitprobleme sehr unterschiedlich darstellen. Dabei sind die Großstädte mit besonderen Herausforderungen konfrontiert.

Viele Verantwortliche in den Städten haben die Zeichen der Zeit erkannt. Sie sind bereits aktiv in der kommunalen Zeitpolitik für Familien und sorgen mit verschiedenen Ansätzen und Angeboten dafür, dass Beruf und Familie besser vereinbar sind und Familien ein gutes Lebensumfeld finden. Wenn wir keine kostbaren Ressourcen verschenken und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Standorte sichern wollen, müssen wir diesen Weg konsequent weiter beschreiten.

Wir, die Unterzeichnenden, setzen uns aktiv dafür ein,

1. dass die „kommunale Familienzeitpolitik“ als Aufgabe in den Städten verankert wird.
2. dass Politik, Verwaltung, Wirtschaft und weitere gesellschaftliche Partner – auch bereichsübergreifend – zusammenwirken und vorhandene Ressourcen besser genutzt werden.
3. dass mit konkreten Maßnahmen beispielhaft strukturell bedingte Zeitprobleme von Familien verringert werden und so Zeit für Familie geschaffen wird.
4. dass sich an der Initiative mitwirkende Städte über die besten Konzepte zur Entlastung von Familie im Rahmen der „kommunalen Familienzeitpolitik“ austauschen.

Mit dieser Erklärung rufen wir alle Gestaltungspartner in den Städten dazu auf, eine „kommunale Familienzeitpolitik“ im Rahmen der Initiative „Neue Zeiten für Familie“ aktiv zu unterstützen zum Wohle von Familien in starken, attraktiven Städten.

Wir, die Unterzeichnenden, beabsichtigen, nach einem Jahr eine Bilanz der gemeinsamen Initiative zu ziehen.

Ort, Datum

Name

Unterschrift



Hintergrund und Ziele der Initiative

Zeitkonflikte von Familien

Familien stehen täglich vor der Herausforderung, verschiedenste Zeitstrukturen miteinander in Einklang zu bringen, die ihnen von außen vorgegeben sind. Dabei bildet die Erwerbsarbeit den maßgeblichsten Taktgeber. Sie muss synchronisiert werden vor allem mit den – oft je Kind unterschiedlichen – Betreuungszeiten (Kita, Schule und/oder Tagesmutter). Auch sind die Öffnungs- und Sprechzeiten von Behörden, Arztpraxen, Geschäften oder terminlich gebundenen Freizeitaktivitäten der Kinder häufig unvereinbar mit den Arbeitszeiten der Eltern. Darüber hinaus fehlt oft die Kompatibilität von Fahrtzeiten und Taktung des öffentlichen Nahverkehrs mit dem Bedarf von Familien. Diesen täglichen Zeitstress kennt jede Familie. Damit der Familienalltag funktioniert, organisieren Familien jeden Tag gemäß der vorgegebenen Zeitstrukturen, stimmen Zeiten und Wege aufeinander ab – ein komplexes Zeitmanagement.

Unterrichtsausfall, Brückentage, ein ausgefallener Bus oder eine plötzliche Erkrankung erfordern im durchorganisierten Familienalltag schnelle Lösungen, damit nicht der gesamte Ablauf durcheinandergerät.

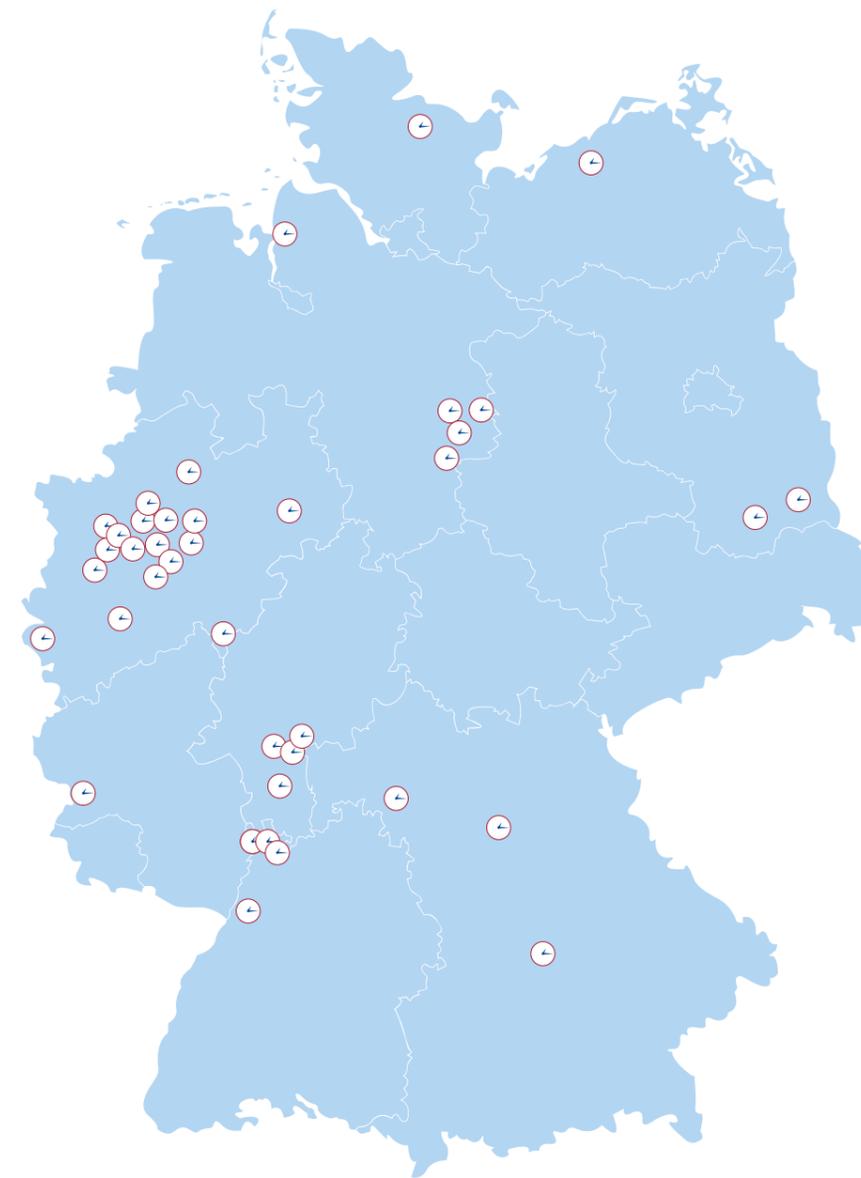
Viele dieser belastenden Zeitkonflikte entstehen dadurch, dass die Zeitstrukturen im Lebensumfeld überhaupt nicht oder nur unzureichend aufeinander abgestimmt sind.

Ein Großteil dieser Zeitkonflikte lässt sich auflösen oder entschärfen. Dazu sind zum Beispiel Arbeits- und Betreuungszeiten gut aufeinander abzustimmen, Lösungen für Notfälle, Rand- und Ferienzeiten zu schaffen und Öffnungszeiten bei Stadtverwaltungen familienorientiert zu gestalten. Hier setzte die Initiative „Neue Zeiten für Familie“ an. Sie engagierte sich in Kooperation mit den bundesweiten „Lokalen Bündnissen für Familie“ dafür, Familien in ihren Kommunen bei ihrem schwierigen Zeitmanagement zu entlasten. Denn der Familienalltag findet in den Kommunen statt und die Zeitkonflikte entstehen hier an den Schnittstellen der verschiedenen familiären Lebensbereiche.

Ziele und Leitlinien der Initiative „Neue Zeiten für Familie“

- Familienzeitpolitik wird in den Städten als neue kommunale Aufgabe erkannt, fest verankert und sukzessive weiterentwickelt.
- Über die üblichen Bereichsgrenzen hinweg arbeiten Politik, Verwaltung, Wirtschaft und viele andere Partner eng zusammen. Vorhandene Ressourcen werden damit optimal genutzt. Familienzeitpolitik wird in den Verwaltungen nachhaltig als Querschnittsaufgabe wahrgenommen und etabliert. Alle hier arbeitenden Menschen werden für das Thema aufgeschlossen.
- Während der Initiative bringen die Städte konkrete Maßnahmen auf den Weg. Sie entwickeln bestehende Angebote weiter, um Zeitprobleme von Familien zu verringern.
- Die Städte tauschen sich über die besten Konzepte zur Entlastung von Familien aus. Sie lernen voneinander, um Aktivitäten möglichst effizient entwickeln und realisieren zu können.

In der Bundesrepublik gibt es insgesamt 76 Städte mit mindestens 100.000 Einwohnern. Davon engagierten sich über die gesamte Laufzeit hinweg 39 Kommunen in der Initiative und damit mehr als die Hälfte der Großstädte. In diesen Städten leben insgesamt etwa zehn Millionen Menschen, damit erreichte „Neue Zeiten für Familie“ rund ein Achtel der bundesdeutschen Bevölkerung.



Mitglieder der Großstadtinitiative

Aachen, Bochum, Braunschweig, Bremerhaven, Cottbus, Darmstadt, Dortmund, Duisburg, Erlangen, Essen, Frankfurt am Main, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Hanau, Hannover, Heidelberg, Herne, Ingolstadt, Karlsruhe, Kiel, Köln, Krefeld, Ludwigshafen am Rhein, Mannheim, Mülheim an der Ruhr, Münster, Oberhausen, Offenbach am Main, Paderborn, Recklinghausen, Remscheid, Riesa, Rostock, Salzgitter, Siegen, Trier, Wolfsburg und Würzburg.

Familienzeitpolitik und demografische Entwicklung

Städte, die Familien gute Lebens- und Arbeitsbedingungen bieten, handeln sowohl vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels als auch der demografischen Entwicklung vorausschauend und zukunftsgerichtet. Durch das Stärken sogenannter „weicher“ Standortfaktoren (zum Beispiel Bildungs- und Kulturangebote, Stadtbild und Landschaft, Freizeitwert, soziales Klima, familienfreundliches Image) ziehen sie Familien an bzw. binden sie an die Gemeinde. Hiervon profitieren wiederum die Unternehmen und andere Arbeitgeber in der Kommune. Folgerichtig bildete die Großstadtinitiative eine Säule der Demografiestrategie der Bundesregierung. Sie trug deren Handlungsschwerpunkt „Familie als Gemeinschaft stärken“ vom Bund in die Kommunen. **Informationen zur Demografiestrategie der Bundesregierung im Internet: www.jedes-alter-zählt.de**

Der Aachener Oberbürgermeister Marcel Philipp erläutert im Interview unter anderem seine Beweggründe dafür, die Großstadtinitiative ins Leben gerufen zu haben:

Wie kamen Sie auf die Idee, das Thema Familienzeitpolitik anzugehen und daraus Ihre Initiative „Neue Zeiten für Familie“ zu gründen?

Ende 2012 habe ich auf dem Demografie Gipfel des Bundesfamilienministeriums mit der ehemaligen Ministerin Kristina Schröder sowie Vertretern aus Wirtschaft und Gewerkschaften über die Bedeutung und Chancen lokaler Zeitpolitik gesprochen und über das Aachener Pilotprojekt „Kommunale Familienzeitpolitik“ berichtet. In diesen Zusammenhängen wurde deutlich, dass die konkrete Umsetzung von Familienzeitpolitik in erheblichem Maße in den Kommunen erfolgt. Zu dem Zeitpunkt hatten jedoch die Wenigsten Familienzeitpolitik als eigenes, kommunales Handlungsfeld erkannt. Deshalb habe ich die Initiative ins Leben gerufen, die mittlerweile eine weitere, wichtige Säule der Demografiestrategie der Bundesregierung geworden ist.

Wo liegt für Sie die besondere Bedeutung des Themas kommunale Familienzeitpolitik?

Der demografische Wandel und die aktuelle Diskussion um den Fachkräftemangel zeigen, dass die sogenannten „weichen“ Standortfaktoren immer mehr an Bedeutung gewinnen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist zunehmend wichtiges Kriterium im Wettbewerb der Unternehmen um geeignete Fachkräfte.

Der „Achte Familienbericht der Bundesregierung“ hat 2012 sehr deutlich herausgearbeitet, dass Familienzeitpolitik überwiegend vor Ort in den Kommunen gestaltet werden muss. Auch empfahl er „familienzeitpolitische Austauschplattformen“. Da mich das Thema bereits seit längerem beschäftigt hat, gab dies für mich den letzten Anstoß, eine entsprechende Initiative zu starten. Und umso mehr hat es mich gefreut, dass Dr. Hans-Peter Klös, der als Experte des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln am „Achten Familienbericht“ mitgearbeitet hat, sich direkt bereit erklärte, auf unserer Auftaktveranstaltung zum Thema Familienzeitpolitik zu referieren.

Wo sehen Sie den mittel- und langfristigen Nutzen einer kommunalen Familienzeitpolitik?

Städte stärken ihre Attraktivität in Bezug auf die Wohn- und Lebenssituation von Familien sowie als Wirtschaftsstandort. Attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten bedeuten, dass sich mehr Familien für ein Leben in der entsprechenden Stadt entscheiden. Die Arbeits- und Fachkräfte wiederum sind wichtige Ressourcen für die in einer Stadt angesiedelten Unternehmen. Maßnahmen von Unternehmen und Kommunen verstärken sich so gegenseitig in ihrer Wirkung.

Das hat viele positive Auswirkungen. Beispiele sind höhere Gewerbesteuereinnahmen und Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich, aber auch eine erhebliche Steigerung der Lebensqualität der Menschen.

Was waren für Sie die wichtigsten Ziele von „Neue Zeiten für Familie“?

Das oberste Ziel war zunächst die Einführung von Familienzeitpolitik in den Städten und die Förderung von Aktivitäten im Rahmen von Familienzeitpolitik. Wichtig war dabei, dass strukturell bedingte Zeitprobleme von Familien wirksam verringert werden, um mehr Zeit für Familien zu schaffen.

Im Laufe des Jahres wurde deutlich, dass viele Städte bereits viel in den verschiedenen Handlungsfeldern tun, ohne das Kind beim Namen zu nennen. Familienzeitpolitik darf aber eben kein Zufallsprodukt sein! Daher war es mir besonders wichtig, dass kommunale Familienzeitpolitik nachhaltig vom Zufallsprodukt zum selbstverständlichen Bestandteil von Kommunalpolitik und Verwaltungshandeln wird.

Familienzeitpolitik als neue Aufgabe der Kommunalpolitik

Familienzeitpolitik ist ein eigenständiges Feld wirkungsvoller Familienpolitik. Sie verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Förderung von Kindern und ihre Betreuung über die Gestaltung von Zeitpolitik. Familien sollten ihre Familienzeit souverän gestalten können. Dazu sind sie auf Rahmenbedingungen angewiesen, welche die Entscheidung für Kinder und die Fürsorge füreinander befördern und diese zwischen der

jüngeren und der älteren Generation auch zukünftig gewährleisten. „Familien brauchen ein hinreichendes und verlässlich verfügbares Maß an Zeit, um Beziehungen, Bindungen und Fürsorge füreinander als Familie leben und ihre gesellschaftlich notwendigen Aufgaben erfüllen zu können“, betont der Achte Familienbericht der Bundesregierung. Dies ist eine Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen, von Wirtschaft und Gesellschaft.

Hauptursachen für Zeitkonflikte in Familien

- Krankheit
- Überstunden / Mehrarbeit
- Staus, Rushhour
- unpassende Öffnungszeiten von Ämtern, Behörden, Arztpraxen
- Freizeitaktivitäten der Kinder
- lange Wege
- fehlende Betreuungsangebote in den Schulferien
- Beginn Schule / Betreuung und Arbeitszeit nicht abgestimmt
- unflexible Arbeitszeiten
- Unzuverlässigkeit des sozialen / familiären Umfelds

Quelle: BMFSFJ (Hrsg.), Kommunale Zeitpolitik für Familien. Ein Leitfaden für die Praxis: Familien unterstützen, Standorte sichern, Unternehmen fördern, S. 15.

Die Anforderungen an die alltägliche Zeitplanung in Familien sind vielfältig. Sie verdichten sich in bestimmten Lebensphasen und Familienkonstellationen. In der sogenannten „Rushhour des Lebens“ konzentrieren sich verschiedene Lebensaufgaben auf einem engen Zeitraum: Ausbildung, Entwicklung beruflicher Lebensperspektiven und dauerhafter Paarbeziehungen, Entscheidung für Kinder und Kindererziehung.

Die kommunale Ebene ist laut Achten Familienbericht der Bundesregierung der „vielleicht wichtigste staatliche Akteur“ der Familienzeitpolitik. Aufgrund der hohen Komplexität der Aufgabe kann Familienzeitpolitik nur als Querschnittsaufgabe funktionieren. Ihre erfolgreiche und konsistente Umsetzung setzt voraus, dass sich viele Akteure und Stellen vernetzen, miteinander kommunizieren und arbeiten.

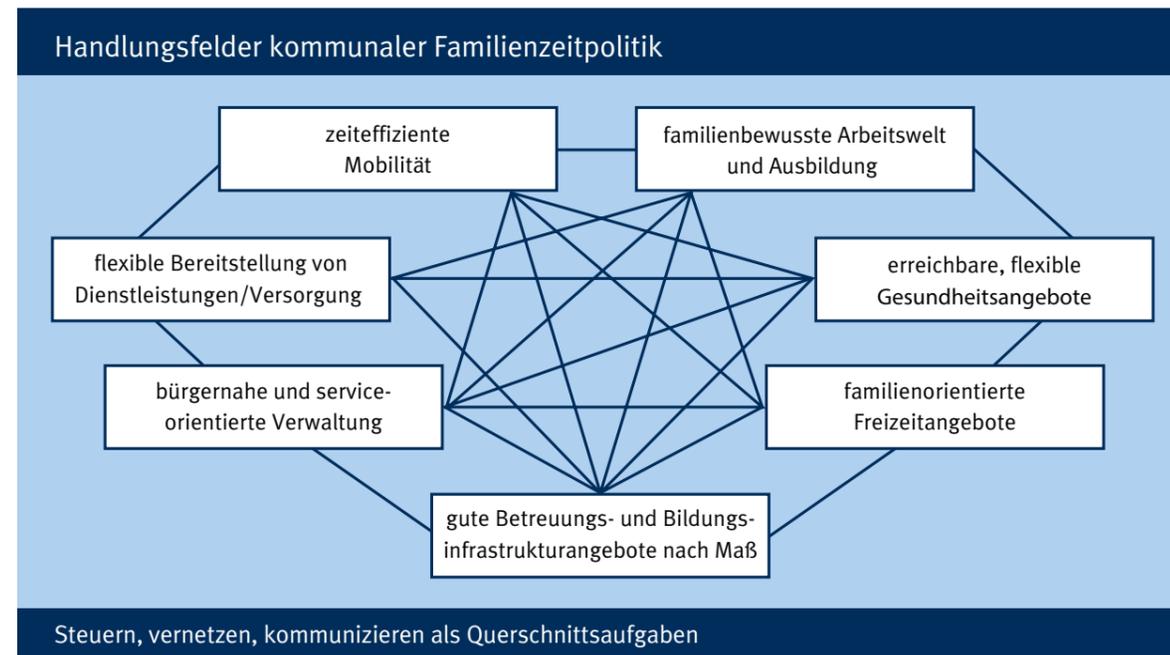


Kommunale Familienzeitpolitik – Definition

„Kommunale Familienzeitpolitik umfasst ... alle Maßnahmen vor Ort, die dazu beitragen, Zeitkonflikte von Familien zu reduzieren. Dazu stimmen Kommunen, Arbeitgeber, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Dienstleister, Verkehrsbetriebe und Freizeitanbieter ihre Zeitstrukturen und deren Taktungen entsprechend den Bedürfnissen von Familien besser aufeinander ab. Ziel der kommunalen Familienzeitpolitik ist es, die Lebensqualität von Familien zu steigern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Familienzeitpolitik ist nicht Infrastrukturpolitik, jedoch eng mit dieser verzahnt. Die Maßnahmen von Zeitpolitik erstrecken sich im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes auf alle Bereiche des kommunalen Lebens und schaffen damit für Familien in verschiedenen Alltagsbereichen Entlastung. Kommunale Familienzeitpolitik ist darüber hinaus fest in den Organisationsstrukturen der Kommune verankert, wird meist auch zentral von dort koordiniert und ist damit ein dauerhaftes Element kommunaler Planungsprozesse.“

Quelle: BMFSFJ (Hrsg.), Kommunale Zeitpolitik für Familien. Ein Leitfaden für die Praxis: Familien unterstützen, Standorte sichern, Unternehmen fördern, S. 9.

Wirkungsvolle kommunale Handlungsmöglichkeiten liegen in der Synchronisation von lokalen Taktgebern, etwa von Arbeitszeiten und Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen. Dies beeinflusst gleichzeitig die Lebensqualität der Bürger und die Wirtschaftskraft des Standortes. Die folgende Abbildung zeigt die vielfältigen Handlungsfelder kommunaler Zeitpolitik:



Quelle: BMFSFJ (Hrsg.), *Kommunale Zeitpolitik für Familien. Ein Leitfaden für die Praxis: Familien unterstützen, Standorte sichern, Unternehmen fördern*, S. 16.

Kosten-Nutzen-Überlegungen: Familienzeitpolitik lohnt sich

Verantwortliche Kommunalpolitik kommt nicht umhin, Kosten und Nutzen familienbewusster Aktivitäten abzuwägen. Dabei ist die Quantifizierung des Gesamtnutzens kommunaler Familienzeitpolitik schwierig, wie Experte Dr. Hans-Peter Klös im Interview erläutert [s. Seite 14]. Zunächst sind Ausgaben für die Bedarfsermittlung sowie die Entwicklung, Gestaltung und Umsetzung kommunaler Familienzeitpolitik zu finanzieren.

Damit eine Kommune eine passgenaue Familienzeitpolitik umsetzen kann, muss sie die Bedarfe und Wünsche der Familien vor Ort kennen. Einige Großstädte, die sich an der Initiative „Neue Zeiten für Familie“ beteiligt haben, brachten Instrumente der Bedarfsermittlung und Erfahrungen mit Familien-, Kinder- und Jugendberichten zur Ergebnisdokumentation in das Netzwerk ein. **Weitere Informationen hierzu:** www.neue-zeiten-fuer-familie.de/informationmaterialien

Oft erreicht kommunale Familienzeitpolitik bereits **mit vorhandenen Ressourcen** deutliche Verbesserungen für Familien: Gegenwärtige Strukturen lassen sich – neu aus der Perspektive der Familienzeitpolitik betrachtet – umgestalten oder miteinander koordinieren, Angebote durch Kooperationen verschiedener Partner, zum Beispiel Schulen und Vereinen, auf- und ausbauen.

Einige Maßnahmen erfordern **zusätzlichen Personalaufwand**, etwa Online-Plattformen einzurichten und betreiben, Betreuungs- und Servicezeiten oder kommunale Freizeitangebote für Familien auszuweiten. **Sachinvestitionen** fallen zum Beispiel an für zusätzliche staatliche oder staatlich geförderte Betreuungsangebote, eine ausgebaute Freizeitinfrastruktur oder einen ausgeweiteten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), um (potenzielle) Arbeitsplätze und Freizeitaktivitäten leichter und mit reduzierten Wartezeiten zu erreichen.

Andere Maßnahmen verursachen **einmalig Kosten**, zum Beispiel die Ferienschlusszeiten verschiedener Einrichtungen aufeinander abzustimmen oder die ÖPNV-Zeiten besser mit anderen Zeitstrukturen zu vertakten. Den meisten Ausgaben stehen **Mehreinnahmen aus Nutzungsbeiträgen** gegenüber.

Viele Städte haben Familienfreundlichkeit als Standortfaktor erkannt. Indem sie für gute Zukunftsbedingungen der Familien mit allen Generationen sorgen, gestalten sie vor Ort aktiv den demografischen Wandel und wirken dem heute schon spürbaren Fachkräftemangel entgegen. Kommunale Familienzeitpolitik hat viele positive Auswirkungen, auch auf die Städte selbst, wie die folgende Zusammenschau aus den verschiedenen wissenschaftlichen Inputs zur Arbeit der Großstadtinitiative zeigt:

Nutzen kommunaler Familienzeitpolitik

- Stärkung der Fachkräftebasis durch verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Mobilisierung von Arbeitskräftepotenzial durch mehr Erwerbstätigkeit von Müttern
- Stärkung des lokalen Arbeitsmarktes /der lokalen Wirtschaft und höhere Standortattraktivität
- Steigerung der Einnahmen der öffentlichen Hand
- höhere Gewerbesteuereinnahmen
- höhere Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich (Schlüsselzuweisungen)
- bessere Position im Wettbewerb um Bundes- und Landesmittel
- bessere Auslastung kommunaler Infrastruktur
- Verringerung der Sozialleistungen in kommunaler Trägerschaft
- Steigerung der Attraktivität der Kommune, Imagegewinn
- bessere Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen
- bessere soziale Durchmischung der Kommune
- Stärkung des sozialen Miteinanders
- mehr Lebenszufriedenheit
- höhere Bildungsabschlüsse

Dr. Hans-Peter Klös leitet den Wissenschaftsbereich im Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW). Er war Mitglied der Expertenkommission, die den Achten Familienbericht der Bundesregierung erarbeitete. Im nachfolgenden Interview erläutert er die Potenziale, die für Kommunen in der Umsetzung familienzeitpolitischer Maßnahmen liegen.



Entscheidungsträger haben immer auch Kosten und Nutzen einer kommunalen Familienzeitpolitik abzuwägen. Wo haben Sie Einnahmepotenziale für die öffentliche Hand durch kommunale Familienzeitpolitik ermittelt und in welcher Höhe?

Kommunale Familienzeitpolitik kommt der öffentlichen Hand auf vielfache Weise zugute. Vier Wirkungszusammenhänge sind von besonderer Bedeutung:

1. Indem kommunale Familienzeitpolitik die Zeitgestaltungsmöglichkeiten der Familien stärkt, verbessert sie auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies wiederum stärkt das Fachkräfteangebot vor Ort und kommt damit den Unternehmen zugute, für die Fachkräftengpässe zunehmend zum Thema werden. Da so Erwerbsbeteiligung und Wirtschaftskraft der Unternehmen steigen, führt die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf insbesondere im Bereich der Einkommens- und Unternehmenssteuern sowie der Sozialversicherungen auch zu positiven Effekten für die öffentliche Hand.
2. Kommunale Familienzeitpolitik macht Kommunen attraktiver für Familien und sorgt so dafür, dass diese eher zu- und seltener wegziehen. Dies kann den Kommunen helfen, Kosten zu sparen, indem die kommunale Infrastruktur besser ausgelastet ist und Leerstände vermieden werden. Zudem führt die höhere Bevölkerungszahl für die Kommunen zu höheren Zuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs, die jedoch gesamt-fiskalisch nicht wirksam werden.
3. Indem kommunale Familienzeitpolitik den Zugang zu Bildungs-, Betreuungs- und Freizeitangeboten verbessert, stärkt sie die Teilhabechancen junger Menschen. Dies stärkt einerseits langfristig die Fachkräftebasis und kommt so auch dem Fiskus zugute. Andererseits lassen sich so bereits kurzfristig Ausgaben im Bereich der Jugendhilfe einsparen, die etwa bei Jugenddelinquenz anfallen.
4. Kommunale Familienzeitpolitik kann das soziale Miteinander in der Kommune verbessern. So wird auch das ehrenamtliche Engagement gestärkt und die Kommune entlastet.

Eine Quantifizierung der fiskalischen Effekte kommunaler Familienzeitpolitik ist aufgrund der Vielfalt der Maßnahmen und Wirkungsweisen schwierig. Allerdings haben wir im Rahmen einer Studie im Auftrag des BMFSFJ ermittelt, dass sie allein vermittelt der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu substanziellen Mehreinnahmen für die öffentliche Hand führt. Je Mutter, die bisher aufgrund mangelnder Kinderbetreuung nicht entsprechend ihrer Wünsche erwerbstätig sein kann, könnten durch eine optimale zeitliche Gestaltung der Kinderbetreuung zusätzliche Einnahmen für die öffentliche Hand in Höhe von 5.932 bis 7.305 Euro im Jahr resultieren. Bessere ÖPNV-Angebote könnten je Mutter, die aus diesem Grund nicht entsprechend ihrer Wünsche erwerbstätig sein kann, zu Mehreinnahmen in Höhe von 3.673 bis 6.925 Euro führen. Die Spannen ergeben sich dabei aus den unterschiedlichen Voraussetzungen in den Kommunen.

Lässt sich der Nutzen für Kommunen quantifizieren, lässt sich nachweisen, dass die Bilanz auch für die Kommunen unter dem Strich positiv ausfällt?

Welchen Beitrag kommunale Familienzeitpolitik zu den Kommunalfinanzen leisten kann, lässt sich nur schwer quantifizieren, da ein großer Teil der potenziellen Mehreinnahmen in den Haushalten von Bund, Ländern und

Sozialversicherungen ankommt und die Einnahmen der Kommunen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen umverteilt werden. Um in Zukunft trotz dieser Schwierigkeiten eine Aussage darüber treffen zu können, ob sich kommunale Familienzeitpolitik für die Kommunen lohnt, wird derzeit im Auftrag des BMFSFJ die fiskalische Bilanz kommunaler Familienzeitpolitik für die Kommunen untersucht.

Welche Investitionen in die Familienzeitpolitik „rechnen“ sich für Kommunen relativ schnell?

Das hängt stark von der Situation vor Ort ab. Grundsätzlich lässt sich jedoch sagen, dass sich reine Anpassungen von Zeitstrukturen in der Regel schneller rechnen als größere Sachinvestitionen. Ein Beispiel für solch eine Anpassung ist etwa, wenn die Trainingszeiten von Kinder- und Jugendmannschaften so gestaltet werden, dass sie direkt nach der Schule oder im Rahmen des Nachmittagsprogramms der Ganztagschule besucht werden können, ohne dass zusätzliche Wege für Kinder und Begleitpersonen entstehen.

Wie hoch wird das zusätzliche weibliche Erwerbspersonenpotenzial durch bessere Betreuungsangebote geschätzt?

Im Rahmen einer ersten Studie zu kommunaler Familienzeitpolitik im Auftrag des BMFSFJ haben wir ermittelt, dass durch bessere Betreuungsangebote eine zusätzliche Erwerbstätigkeit von 1,6 Stunden in der Woche je Mutter mit Kind unter 15 Jahren in Kommunen mit hoher Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum, 2,1 Stunden in Kommunen mit hoher Arbeitslosigkeit in Agglomerationsräumen, 2,2 Stunden in Kommunen mit niedriger Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum und 3,1 Stunden in Kommunen mit niedriger Arbeitslosigkeit in Agglomerationsräumen realisiert werden könnte. In einer früheren Studie sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass sich durch flächendeckende Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder vom 12. Lebensmonat bis zum 12. Lebensjahr die Beschäftigung von Müttern mit Hochschulabschluss bundesweit um bis zu 230.000 Vollzeitäquivalente und die Beschäftigung von Müttern mit beruflichem Abschluss um bis 812.000 Vollzeitäquivalente steigern ließe. Ein Teil dieser Potenziale ist allerdings heute schon realisiert, da die Situation im Jahr 2009 Ausgangspunkt dieser Studie war und die Betreuungsinfrastruktur seither bereits stark ausgebaut worden ist.

Wird kommunale Familienzeitpolitik bald Standard sein? Kann eine Kommune bzw. größere Stadt es sich erlauben, darauf zu verzichten?

Das wäre zu wünschen. Allerdings stehen wir im Moment noch am Anfang. Auch wenn einzelne Kommunen, wie etwa Hanau, sich schon länger mit Zeitpolitik beschäftigten, ist kommunale Familienzeitpolitik für viele Kommunen erst in den letzten Jahren überhaupt zum Thema geworden. So wurde die Initiative „Neue Zeiten für Familie“ erst im Jahr 2013 gegründet. Bisher fehlt noch etwas die Alltagserfahrung mit kommunaler Familienzeitpolitik, da vieles noch in der Erprobungsphase ist. Zeigt sich in der Praxis, wie lohnend Zeitpolitik für Familien für die Kommunen sein kann, dürfte kommunale Familienzeitpolitik allerdings schnell zum Standard werden.

Vertiefende Informationen zu Kosten und Nutzen kommunaler Familienzeitpolitik:

BMFSFJ / Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2014): Kosten-Nutzen-Analyse einer kommunalen Familienzeitpolitik. Berlin.

II.

Umsetzung und Best-Practice-Beispiele

Der Auftakt: Schwerpunktbildung und Agenda



Die Auftaktveranstaltung zur Initiative fand am 3. Dezember 2013 im Rathaus der Stadt Aachen statt. Auf Einladung des Aachener Oberbürgermeisters Marcel Philipp tauschten sich 32 Vertreter teilnehmender Städte sowie des Bundesfamilienministeriums über Belange der Familienzeitpolitik aus. Als Ergebnis der Auftaktveranstaltung setzten die Teilnehmenden vier Handlungsfelder der kommunalen Familienzeitpolitik auf die Agenda der Großstadtinitiative.

Schwerpunkthemen der Initiative „Neue Zeiten für Familie“

1. Ferienganztagsbetreuung in allen Ferienzeiten
2. Familienzeit in einer Wissenschaftsstadt
3. Familienfreundliche Verwaltung im Dienstleistungsbereich (E-Government)
4. Familienzeit in Stadtplanung und Infrastruktur



Aachen liegt im Dreiländereck Deutschland-Niederlande-Belgien und steht für Wissenschaft, Europa, Kultur und Geschichte. Die Stadt Karls des Großen bildet heute das Zentrum einer Wissens- und Technologieregion. 56.000 Studierende sind an den Aachener Hochschulen eingeschrieben. Größter Arbeitgeber in der Domstadt ist die RWTH Aachen mit circa 10.000 Beschäftigten. Die Stadt ist Heimat von gut 250.000 Einwohnern, täglich pendeln 80.000 Menschen ein.

Die Auseinandersetzung mit den Schwerpunkthemen der Initiative „Neue Zeiten für Familie“ erfolgte auf vier Impulsveranstaltungen in jeweils einer Großstadt, die auf diesem Gebiet bereits Pionierarbeit geleistet hatte: am 8. Mai 2014 in Heidelberg, am 3. Juli 2014 in Darmstadt, am 23. September 2014 in Dortmund und am 12. November 2014 in Hannover.

Experten präsentierten dort den Vertretern der anderen Kommunen ihre Arbeit, um ihre Erfahrungen weiterzugeben. Weitere Komponenten waren Workshops und andere Arbeitsformate, in denen die Best-Practice-Beispiele analysiert und diskutiert sowie neue Maßnahmen entwickelt wurden. Bei den Impulsveranstaltungen tauschten sich die (Ober)bürgermeister, die zuständigen Ansprechpartner für die Initiative sowie je nach Veranstaltungsthema spezifische Fachvertreter aus den Kommunen aus.



Im Netzwerk Zeitkonflikte entschärfen: Standortfaktor Ferienbetreuung in Heidelberg



„In Qualität und Umfang ist das Heidelberger Ferienprogramm einzigartig in der Region. Das verdanken wir vor allem unseren Partnern, einem aktiven Netzwerk aus über 80 Anbietern von Ferienveranstaltungen, die ihre Angebote immer wieder neu an die Bedürfnisse von Familien anpassen. Dass Eltern in Heidelberg beste Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf finden, ist mir ein ganz besonderes Anliegen.“

Dr. Eckart Würzner, Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg



Heidelberg ist mit 150.000 Einwohnern neben Mannheim und Ludwigshafen ein Oberzentrum in der Metropolregion RheinNeckar. Rund 87 Prozent der circa 111.000 Erwerbstätigen arbeiten im Dienstleistungssektor. Als größter Arbeitgeber beschäftigen Universität und Universitätsklinikum 14.000 Menschen. Heidelberg ist Standort von fünf Hochschulen (insgesamt 38.000 Studierende) sowie mehreren renommierten Forschungseinrichtungen.

Ferienbetreuung als Standortfaktor: Wissenschaftlicher Input (Sofie Geisel)

In der Regel verlaufen Schulferien und Urlaubstage von Berufstätigen asynchron. Über das gesamte Jahr betrachtet sind Ferienzeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen meist deutlich länger als der Jahresurlaub von Beschäftigten. Deshalb bedeuten Ferienzeiten für Familien oft eine große organisatorische und/oder finanzielle Herausforderung. Ein ganzjähriges, hochwertiges und zuverlässiges Ferienprogramm mit flexiblen Halbtags-, Ganztags- oder Mehrtagesangeboten wie in Heidelberg schließt eine wichtige Lücke in der Betreuungskette. Es entschärft Zeitkonflikte in Familien und unterstützt Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gleichzeitig bietet es Kindern und Jugendlichen, unabhängig von den finanziellen Verhältnissen der Eltern, erlebnisreiche Ferien.

Unternehmen müssen berücksichtigen, dass sich die begehrten Fachkräfte potenzielle zukünftige Arbeitgeber sehr genau ansehen. Dabei gewinnen Aspekte wie Standort, Unternehmensimage und Familienfreundlichkeit zunehmend an Bedeutung. Unternehmen profitieren von familienbewussten Maßnahmen in mehrfacher Hinsicht. Diese helfen unter anderem Fachkräfte zu gewinnen und zu binden, Fehlzeiten zu verringern sowie die Arbeitgeberattraktivität insgesamt deutlich zu erhöhen.

Umsetzungsbeispiele sind flexible Arbeitszeitmodelle, betrieblich unterstützte Kinderbetreuung, Angebote für Beschäftigte mit pflegebedürftigen Angehörigen, Lösungen für schnellen und reibungslosen Wiedereinstieg von Müttern und Vätern sowie familienfreundliche Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

Eine Ferienbetreuung eignet sich ausgesprochen gut für eine Zusammenarbeit von Kommunen und Unternehmen: Städte können Betriebe wirksam bei der Umsetzung familiengerechter Angebote unterstützen, zum Beispiel durch Organisation von Kooperationen mit anderen Unternehmen, städtischen oder freien Einrichtungen.

Das Heidelberger Ganzjahresferienprogramm

Die Stadt beschäftigte sich bereits seit 1976 mit dem systematischen Ausbau des Ferienangebots. 2008 erfolgte die Gründung des Netzwerks, 2010 gab es das erste Ganzjahresferienprogramm.

In Heidelberg arbeiten alle relevanten Einrichtungen und Träger zusammen, insgesamt sind dies mehr als 80 Anbieter. Kindern und Jugendlichen stehen aktuell über 400 attraktive Freizeitaktivitäten, unter anderem Ausflüge, Freizeitreisen, Sport-, Kunst- und Theaterveranstaltungen zur Auswahl. Das Netzwerk zeichnet sich dadurch aus, dass Angebote der Kommune und verschiedener Träger miteinander verflochten sind.

Das Ganzjahresferienprogramm empfinden alle Partner als gemeinsames Produkt.

Das Ferienprogramm im Internet: www.heidelberg.de/ferienangebote

Aufgabe der Stadt in dem hier vorgestellten Netzwerk ist es vor allem, vorhandene Angebote zu bündeln und den Austausch zu organisieren: Sie gibt eine gemeinsame Broschüre mit den jeweiligen Angeboten heraus und sorgt für die kostenlose Verteilung in der gesamten Stadt. Darüber hinaus stellt die Kommune eine Online-Plattform für die Angebote der Netzwerkpartner bereit und pflegt die Online-Ferisuchmaschine.

Des Weiteren übernimmt die Stadt Heidelberg Lotsenfunktion durch die Angebote (Familienbüro, Eltern-Kontakte), baut Kontakte zu Unternehmen auf und informiert diese über das Ferienprogramm und ihre Fördermöglichkeiten. Familien und Unternehmen erhalten über die Kommune eine Übersicht „aus einem Guss“. Darüber hinaus steht die Familienoffensive der Stadt als Ansprechpartnerin und als Vermittlerin bei Problemen mit Ressourcen oder organisatorischen Schwierigkeiten zur Verfügung.

Damit *alle* Kinder und Jugendlichen an abwechslungsreichen und spannenden Ferienerlebnissen teilnehmen können, entwickelte Heidelberg zum einen **offene Angebote und Spielaktionen**. Des Weiteren gewährt der **Ferienpass in den Sommerferien** 6- bis 16-Jähri-



„Ferienbetreuung ist mit all den Bildern, Projekten und Erlebnissen, die sie ermöglicht, ein wunderbares Einstiegsthema für Unternehmen und Kommunen, die sich für eine neue familienbewusste Unternehmens- und Stadtkultur engagieren wollen.“

Sofie Geisel, Projektleitung Netzwerkbüro „Erfolgsfaktor Familie“

gen freien oder ermäßigten Eintritt zu vielen Veranstaltungen und Orten. **Feriengutscheine** ermöglichen Kindern aus finanziell schwächer gestellten Familien die Teilnahme an drei Ferienangebotswochen im Jahr. Ein Gutschein deckt in einem einfachen und unbürokratischen Verfahren bis zu 110 Euro pro Woche ab.

Mit dem **Ferienticket** bezuschussen Unternehmen die Ferienbetreuung ihrer Beschäftigten mit einem individuell bestimmbaren Betrag. Sie bestellen die Tickets beim Bündnis für Familie Heidelberg und verteilen sie an die Mitarbeiter. Diese buchen ein Ferienbetreuungsprogramm ihrer Wahl und legen die Bestätigung des Anbieters dem Arbeitgeber vor. Das Unternehmen erstattet daraufhin den Zuschussbetrag.

Zentrales Instrument bei der Entwicklung von Lösungskonzepten bildet in Heidelberg die stetige Kommunikation mit Familien und Anbietern. Jährlich lädt die Stadt alle beteiligten Ferienanbieter zu Koordinationstreffen ein. Hier erfolgt ein fachlicher und organisatorischer Austausch. Darüber hinaus besprechen die Partner kontinuierlich aktuelle Themen, Entwicklungen und Bedarfe der verschiedenen Zielgruppen. Die strukturelle Förderung einzelner Träger erlaubte es, die Angebote zu erweitern.

Erkenntnisgewinn und Ergebnisse aus der Praxis

Der Aufbau eines möglichst großen Netzwerks von Anbietern gelingt, wenn der kommunale Servicegedanke und eine Angebotskultur im Vordergrund stehen. Auch gilt es, Kreativität zu fördern und sich in den Netzwerktreffen wertschätzend zu begegnen. Jeder Anbieter sollte zudem den Nutzen einer Kooperation nachvollziehen können.

Nach den Heidelberger Erfahrungen sollte das Ferienangebot einer Kommune folgende Kriterien erfüllen:

- planbar, flexibel, bezahlbar
- ganztags, halbtags, mehrere Tage
- für alle Ferien
- zuverlässige und qualifizierte Betreuung
- Spaß für die Kinder und Jugendlichen
- übersichtliche Zusammenstellung aller Angebote für die Eltern
- Gewährleistung eines sozialausgeglichene Angebots und niederschweligen Zugangs

Städte, die ein vergleichbares Ferienprogramm umsetzen möchten, können folgende Anregungen nutzen: Vertreter der Kommune sollten aktiv auf Unternehmen zugehen, den Nutzen einer Ganztagsferienbetreuung kommunizieren sowie auf Instrumente wie Feriengutscheine von Firmen für ihre Mitarbeiter aufmerksam machen. Zielführend erscheinen auch die Zusammenarbeit von Jugendamt und städtischer Wirtschaftsförderung bei der Umsetzung einer Ferienbetreuung sowie Anstrengungen, Kammern und Wirtschaftsverbände als Kooperationspartner zu gewinnen.

Im Sinne möglichst großer Erfolge empfiehlt sich ein mehrgleisiges Vorgehen bei der Sensibilisierung und Information der Unternehmen. Die Firmenbesuche flankierend ließe sich zum Beispiel ein Unternehmensfrühstück organisieren. Eine solche Plattform eignet sich sehr gut zum zwanglosen Austausch von Vertretern der städtischen Wirtschaftsförderung und interessierten Firmen über Möglichkeiten und Vorteile einer Ferienbetreuung. Auch sollten die Ferienprogramme direkt an die Unternehmen in der Kommune verteilt werden.

Wo immer möglich, ist auf bestehenden Strukturen aufzubauen. Entsprechende Anknüpfungspunkte bieten die Lokalen Bündnisse für Familie oder Familiennetzwerke. Eine abgestimmte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die positive Beispiele transportiert, kann weitläufig für das Thema sensibilisieren und mobilisieren.

Win-win-Situation für alle beteiligten Organisationen

Das Ganzjahresferienprogramm schafft eine Win-win-Situation für alle Beteiligten: **Die Träger von Ferienbetreuungsangeboten** profitieren von der gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit und vom fachlichen Austausch zu Inhalten, Organisation, Bedarf und Trends. Es entstehen neue Kontakte und Kooperationen. Die Vernetzung über die Kommunen und die Konzeption gemeinsamer Veranstaltungen ergänzt und bündelt Ressourcen. Dies vergrößert die Flexibilität. Mit einigen Partnern, zum Beispiel Einrichtungen der offenen oder verbandlichen Jugendarbeit oder dem Verein „päd-aktiv e. V.“, wurden Kooperationsverträge über Angebote vereinbart. Dies sichert die Träger.

Die **Kommune** kann durch den fachlichen Austausch der Veranstalter ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Ferienprogramm anbieten. Parallelstrukturen werden vermieden. Die gebündelte Präsentation der Angebote führt zu einer stärkeren Wahrnehmung des kommunalen Einsatzes in der Öffentlichkeit und zu einem Imagegewinn als familienfreundliche Stadt. Die beteiligten Einrichtungen identifizieren sich mehr mit ihrer Kommune.

Die Stadt Heidelberg bekommt sowohl von Familien als auch von Unternehmen viel positive Rückmeldung für ihr Ganzjahresferienprogramm.

Drei Fragen an den Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg, Dr. Eckard Würzner:

1. Was bedeutet Familienzeitpolitik für Ihre Stadt?

Familienfreundlichkeit als Standortfaktor ist in Heidelberg eines der wichtigsten politischen Themen. Deshalb habe ich 2007 die Heidelberger Familienoffensive ins Leben gerufen. Wir arbeiten dafür, dass junge Menschen, die eine Familie gründen möchten, sich in Heidelberg wohlfühlen und hier die Bedingungen vorfinden, die sie brauchen, um ihr Privat- und Arbeitsleben zu verbinden. Deshalb ist ein umfangreiches Angebot hinsichtlich der sogenannten „weichen“ Standortfaktoren wie der Kinderbetreuung, des Bildungsangebotes, der kulturellen Vielfalt oder der Vielfältigkeit der Freizeitgestaltung von entscheidender Bedeutung.

In Heidelberg setzen wir daher vor allem auf den Ausbau einer flexiblen, bedarfsgerechten und qualitätsorientierten Betreuungsinfrastruktur, mit Erfolg: Für 52 Prozent der unter Dreijährigen sollen im laufenden Kalenderjahr Betreuungsplätze zur Verfügung stehen, darunter fast 75 Prozent Ganztagsplätze; jedes drei- bis sechsjährige Kind findet bei uns einen Kita-Platz, etwa 65 Prozent davon sind Ganztagsplätze. Auch drei Vierteln der Schulkinder steht eine Betreuung zur Verfügung. Das Angebot der verlässlichen Grundschule wird durch die flexible Nachmittagsbetreuung und eine Ferienbetreuung in allen Ferien mit flexiblen Bring- und Abholzeiten ergänzt.

Darüber hinaus sind uns auch familienfreundliche Öffnungszeiten städtischer Serviceleistungen sehr wichtig. Zum Beispiel haben die Bürgerämter in allen Stadtteilen jeweils einen langen Öffnungstag in der Woche, die Stadtbücherei ist samstags geöffnet und vieles mehr.

Viele der familienfreundlichen Maßnahmen Heidelbergs sind nicht aus einem eigenen Politikfeld „Zeit“ entstanden, sie dienen jedoch demselben Ziel, nämlich der Verbesserung der Lebensqualität von Familien in Heidelberg.

2. Worin liegt die besondere Herausforderung für Ihre Stadt bezogen auf die Familienzeitpolitik?

Als besondere Herausforderung sehe ich insbesondere für die am stärksten von „Zeitkonflikten“ betroffenen Familiengruppen (Alleinerziehende, Doppelverdiener, Erwerbstätige mit Pflegeaufgaben, Frauen) als lokaler Taktgeber zu handeln und Maßnahmen zu ergreifen, die diese Familien dabei unterstützen, ihre Zeitkonflikte zu entschärfen.

3. Was war für Sie die wichtigste Erfahrung aus Ihrer Teilnahme an der Initiative „Neue Zeiten für Familie“?

Es lohnt sich, die Sensibilisierung der Familienpolitik in Heidelberg auch unter dem Aspekt „Zeit“ voranzutreiben.

Im Zuge der Veranstaltungen hat sich gezeigt, dass trotz der strukturellen Unterschiede deutscher Großstädte ein Austausch und Wissenstransfer hilfreich und anregend ist. Die Initiative hat die Möglichkeit geboten, auch auf Arbeitsebene konkret über Ideen, Möglichkeiten und Erfahrungen zu diskutieren und daraus neue Impulse für die Arbeit vor Ort zu bekommen. Ein Gewinn ist langfristig, dass es sich nun noch stärker als bisher anbietet, mit Kollegen und Kolleginnen in anderen Städten, die ähnliche Ziele verfolgen, zu konkreten Fragestellungen in Kontakt zu treten und mit ihnen Erfahrungen auszutauschen.

Kontakt

Stadt Heidelberg
Kinder- und Jugendförderung / Familienoffensive
Plöck 2a
69117 Heidelberg

Telefon 0 62 21 / 58-31570, -31580, -37980

familienoffensive@heidelberg.de
www.heidelberg.de/familie

Familienzeitpolitik in einer Wissenschaftsstadt: Studieren, Forschen und Lehren mit Kind am Beispiel Darmstadt



„Wir sind froh, dass wir so viele kluge Köpfe in Darmstadt haben, deshalb arbeiten wir ständig daran, Strukturen zu schaffen, die es den hier arbeitenden und studierenden Müttern und Vätern ermöglichen, die vielfältigen Facetten ihrer täglichen Herausforderungen gut zu vereinbaren.“

Jochen Partsch, Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt



Darmstadt ist mit 148.000 Einwohnern Wissenschafts- und High-Tech-Zentrum der Metropolregion RheinMain. Ansässig sind die Technische Universität, die Hochschule Darmstadt und die Evangelische Hochschule (insgesamt 41.000 Studierende). Außerdem befinden sich hier mehr als 30 Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen. Täglich pendeln knapp 60.000 Arbeitnehmer in die Stadt, in der etwa 10.000 Unternehmen und 1.300 Handwerksbetriebe ansässig sind. Sie bieten mehr als 88.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen.

Viele Städte der Großstadtinitiative sind Hochschulstandorte. Die besonderen Anforderungen an eine Familienzeitpolitik in einer Wissenschaftsstadt sowie die spezifischen Bedürfnisse von studierenden Eltern und Hochschulangehörigen mit Kind(ern) bildeten einen weiteren Schwerpunkt der Initiative.

Besonderheiten einer Familienzeitpolitik an Wissenschaftsstandorten: Input aus der Wissenschaft (Prof. Dr. Irene Gerlach)

Zeitpolitik für Familien richtet sich in Hochschulstädten an nicht-wissenschaftliches Personal, Studierende, an den wissenschaftlichen Nachwuchs sowie Professoren. Die unterschiedlichen Zielgruppen haben verschiedene Bedürfnisse. Den Familienalltag der meisten Studierenden und Hochschulangehörigen prägen unregelmäßige Arbeits-, Vorlesungs- und Prüfungszeiten, der Semesterrhythmus, Wochenendarbeit und Tagungsbesuche. Diese spezifischen Zeitkonflikte erfordern flexible Betreuungsangebote.

Eine Befragung der RWTH Aachen von Studierenden zur familienfreundlichen Hochschule ermittelte die folgenden **zehn größten Zeitkonflikte von Studierenden mit Familie**:

1. Krankheit
2. Prüfungsphasen
3. Vorlesung/Betreuung
4. Ferienzeiten
5. ÖPNV
6. Betreuungsangebote
7. Arbeitszeiten Partner/in
8. lange Wege
9. Praktika und
10. Studienstruktur

Die Studierenden wünschen sich Randzeiten-Betreuung, mehr Busse und Bahnen, Leih-Großeltern, mehr Verständnis von Professoren sowie idalerweise an familiäre Bedarfe angepasste Vorlesungs- und Prüfungszeiten.

Die für Nachwuchswissenschaftler typische Befristung der Arbeitsverträge wirkt auf die Familiengründung negativ und fördert Kinderlosigkeit. Nur neun Prozent der Männer und zehn Prozent der Frauen mit befristeten Stellen haben ein Kind (sieben bzw. fünf Prozent der Männer und Frauen zwei Kinder; zwei bzw. ein Prozent drei Kinder).

Diese nur wenigen Fakten zeigen, dass Familiengründung und Familienleben in Wissenschaftsstädten besonderer Unterstützung bedürfen.

Beispiel aus der Praxis I: Information und Vernetzung der Studierenden mit Kind fördern

Die TU Darmstadt baute seit 2011 eine uneigene **Online-Plattform** zur Information und Kommunikation für Studierende mit Kindern auf. Das Instrument regt Studierende unter anderem zur Vernetzung an und informiert über Unterstützungsangebote. Das Portal ist Teil der zentralen Moodle-Plattform des Hochschulrechenzentrums, über das auch der technische Support läuft. Erreicht werden bisher 270 Personen, pro Semester kommen etwa 50 neue Studierende hinzu.



„Die selbstverständliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf bietet gerade für Wissenschaftsstädte großes Potenzial, denn sie kann Familiengründung für Menschen ermöglichen, die bisher oft darauf verzichtet haben bzw. verzichten mussten. Sie ist damit der „Jungbrunnen“ der Zukunft.“

Prof. Dr. Irene Gerlach, Prorektorin für Forschung und Weiterbildung an der Evangelischen Fachhochschule Westfalen-Lippe (EFH) und Leiterin des Forschungszentrums Familienbewusste Personalpolitik (FFP). Dieses erforscht seit Jahren intensiv und in immer neuen Fragestellungen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Beispiel aus der Praxis II: Beitrag der Studentenwerke

Studentenwerke leisten einen wichtigen Beitrag zu Familienfreundlichkeit an Hochschulen. Das Studentenwerk Siegen befasst sich schon seit 1996 mit dem spezifischen Kinderbetreuungsbedarf von Studierenden. Aufgrund der Leistungen des Studentenwerks Siegen essen Kinder zum Beispiel kostenlos in der Mensa, es gibt flexible Betreuungszeiten [s. Kasten], Wickel-, Still und Spielräume und Beratungsangebote. Zwischen 1999 und 2013 verdreifachte sich im Beispiel Nordrhein-Westfalen die Zahl der Kitaplätze in Trägerschaft der Studentenwerke. Insbesondere Gemeindegrenzen stellen Studierende immer wieder vor Probleme bei der Kinderbetreuung.

Bedarfsorientierte Kinderbetreuung in der „Flexi“, Studentenwerk Siegen

- stundenweise und flexible Kinderbetreuung für Kinder im Alter von sechs Monaten bis zehn Jahren
- Online-Buchung bis zu 18 Stunden/Woche
- geöffnet montags bis freitags von 8.00 bis 18.00 Uhr, seit dem Sommersemester 2014 auch samstags von 8.30 bis 16.30 Uhr
- Kosten pro Doppelstunde: Studierende drei Euro, Bedienstete sieben Euro, Lehrende zehn Euro

„Ich begrüße es ausdrücklich, dass wir einen allmählichen Einstellungswandel feststellen können, denn studierende Eltern geraten mehr und mehr in den Fokus der Hochschulinstitutionen.“

Detlef Rujanski, Geschäftsführer des Studentenwerks Siegen



Die Kommune im Lösungsdialog

Kommunale Familienzeitpolitik kann den Alltag von Familien in einer Wissenschaftsstadt entscheidend verbessern. Sie kann etwa die lokalen Taktgeber synchronisieren und ihre Ressourcen durch Kooperationen mit anderen Akteuren wie Vereinen, Unternehmern oder Stiftungen effizienter nutzen. Dass das Thema Zeit eine essenzielle Rolle spielt, erkannten die Verantwortlichen in Darmstadt früh. Bereits der Arbeitskreis Zeitflexibilisierung, aus dem vor über zehn Jahren das Bündnis für Familie Darmstadt hervorging, strebte an, die Bedingungen für Familien zu verbessern.

Der städtische Internet-Informationsservice www.familien-willkommen.de bündelt die Angebote für Darmstädter Familien und erleichtert diesen damit die Orientierung. Der Wegweiser wendet sich auch an Firmen und Facheinrichtungen. Nutzer können hier schnell auf Themen des Familienalltags zugreifen, zum Beispiel gibt es eine Kita-Datenbank mit der Anzeige offener Plätze oder Informationen und Adressen zum geplanten Wiedereinstieg in den Beruf nach der Elternzeit.

Die Wissenschaftsstadt intensiviert kontinuierlich die Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren, etwa aus Wirtschaft und Hochschulen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern. Die Stadt fördert vielfältige Betreuungsformen in unterschiedlicher Trägerschaft. Darüber hinaus initiiert und unterstützt sie Projekte für mehr Familienfreundlichkeit und wirkt in ihnen mit. Einige Beispiele sind:

Kinderbetreuung in Ad-hoc-Situationen

Schulferien, Ausfall der Tagesmutter, geschlossener Kindergarten, Konferenzen oder Überstunden – in diesen und ähnlichen Situationen werden Darmstädter Kinder im Alter zwischen ein und zwölf Jahren auf Initiative der Kommune seit Juli 2010 in der gemeinsamen Einrichtung des Lokalen Bündnisses für Familie kostenlos betreut. *Fluggis-Abenteuer-Land* öffnet montags bis freitags (auch feiertags) von 6.00 bis 22.00 Uhr. Beschäftigte oder Studierende der TU Darmstadt melden den Betreuungsbedarf direkt in der Einrichtung an. Ein Verbund von Unternehmen, Hochschulen, Wissenschaftsstadt und städtischen Tochterunternehmen realisiert die Notfallbetreuung. Kein Netzwerkpartner könnte sie alleine umsetzen. Arbeitgeber reservieren für derzeit 10.000 Euro pro Jahr und Platz Betreuungsplätze für die Kinder ihrer Beschäftigten.

Eltern-Kind-Räume an der TU Darmstadt

An drei Standorten hat die TU Darmstadt Eltern-Kind-Räume eingerichtet, wobei Jugendamt und die „Service-stelle Familie“ der Technischen Universität kooperieren. Das Jugendamt beriet die TU Darmstadt bezüglich erforderlicher Fläche, Einrichtung und Personal bei der Installierung der Wickel-, Still- und Spielmöglichkeiten sowie der flexiblen stundenweisen Notfallbetreuung durch den Familienservice. Darüber hinaus sorgt es für die Qualitätssicherung.

Ferienbetreuung „Waldgeister“

Diese gemeinsame Lösung von Hochschule Darmstadt (Familienbüro), Medienhaus Südhessen und der Merck KGaA wurde 2010 initiiert. Träger ist das Jugendamt der Stadt Darmstadt. Kinder im Alter von sechs bis zwölf Jahren werden hier in den Sommerferien zwei Wochen und seit dem Winter 2014/15 auch eine Woche in den Weihnachtsferien betreut.

Weitere Informationen und Ansprechpartner zu den einzelnen Angeboten auf: www.familien-willkommen.de

Wohnraum für Studierende

Ausreichend für Studierende bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen, bedeutet eine weitere Herausforderung für Wissenschaftsstädte. Unter anderem geht es um den studentischen Wohnungsbau als Renditeobjekt und die Grenzen der kommunalen Steuerungsmöglichkeiten bei privaten Investoren, etwa über den Mietspiegel. Runde Tische zum Thema Wohnen können hilfreich sein.

Die Aachener Marketingkampagne „Extraraum“

Die Aachener Marketingkampagne zur Gewinnung von Wohnraum für Studierende bildet ein Kooperationsprojekt von Stadt Aachen, RWTH Aachen und FH Aachen. Sie entstand vor dem Hintergrund steigender Studierendenzahlen und dem Mangel an bezahlbaren Wohnungen. Innerhalb der Verwaltung sind konkrete Ansprechpartner für Investoren und interessierte Vermieter zuständig, eine Projektgruppe sorgt für kurze Entscheidungswege. Alle Akteure wurden miteinander vernetzt, auch mit grenznahen Kommunen in Belgien und in den Niederlanden.

Ziel der „Extraraum“-Kampagne ist es, die Akzeptanz studentischen Wohnens zu erhöhen, die genossenschaftliche Wohnform für Studierende zu stärken und besondere Konzepte für Zugezogene aus dem Ausland zu entwickeln. Dabei setzt „Extraraum“ auf vielfältige Lösungsansätze: Neubauprojekte initiieren, Gebäude für Wohnzwecke umbauen oder umnutzen, Leerstände und Baulücken (durch private Investoren) nutzen, Zimmervermietung oder Bildung von Wohngemeinschaften.

Handlungsempfehlungen für Familienzeitpolitik in Wissenschaftsstädten

- Kommunen loten neue Handlungsspielräume durch Identifikation von und Vernetzungen mit bestehenden Strukturen (zum Beispiel Lokale Bündnisse) aus. Zielführende Instrumente sind Strategiegespräche zwischen (Ober)bürgermeistern und Hochschulleitung zur gemeinschaftlichen Lösungsfindung auf kommunaler Ebene.
- Städte bauen Dialogstrukturen auf, etwa regelmäßige Spitzengespräche der Oberbürgermeister mit den Rektoren der Hochschulen und den Geschäftsführern der Studentenwerke und – dazu passend – eine parallele Struktur auf der Arbeitsebene. Gemeinsame, positive Erfahrungen erleichtern es, weitere Projekte umzusetzen. Allen Beteiligten müssen die jeweiligen Vorteile einer Kooperation im Sinne einer Win-win-Situation deutlich sein.

- Häufig haben Studierende ohne hochschulnahe Wohnung lange Wegezeiten zwischen bezahlbarem Wohnraum, Hochschule und Betreuungsplatz. Dies verlangt Lösungen wie die Finanzierung von Betreuungsplätzen über Gemeindegrenzen hinweg und die Betreuung gemeindefremder Kinder. Universitäten und Kommunen sollten sich hierzu kontinuierlich austauschen sowie bestehende Strukturen und Vernetzungen nutzen.
- Beim kommerziellen studentischen Wohnungsbau sind Qualität und Nachhaltigkeit sicherzustellen, etwa durch regelmäßige Spitzengespräche zur Lage des studentischen Wohnungsmarktes auf Ebene der Kommune, der Hochschule und der Studentenwerke (Vermeidung von sozialer Brennpunktbildung bzw. langfristiger Nutzung durch Studierende). Kommunen könnten gemeinschaftliche / genossenschaftliche Wohnformen als Möglichkeit der Implementierung von studentischem Wohnen mit Kind(ern) stärken.
- Zur Unterstützung der Studierenden entwickeln Hochschulen, ggf. in Kooperation mit Kommunen, passgenaue Lösungen bei den studienspezifischen Betreuungszeiten, zum Beispiel durch Abstimmen mit Prüfungszeiten und Praktika. Bestehende E-Learning-Instrumente können genutzt werden, um studentische Eltern-Communities zu schaffen und zu begleiten.

Kontakt

Frauenbüro der Wissenschaftsstadt Darmstadt
Frankfurter Straße 71
64293 Darmstadt

Telefon 0 61 51 / 13 23 40

frauenbuero@darmstadt.de
www.frauenbuero.darmstadt.de
www.familien-willkommen.de

Mehr Zeit für die Familie durch E-Government: Beispiel Dortmund



„Das Dortmunder Systemhaus hat für die Stadt Dortmund ein ‚virtuelles Rathaus‘, die doMap, entwickelt. Diese Entwicklung brachte unserer Stadt in der Kategorie ‚Beste Online-Verwaltung 2012‘ den 1. Preis ein. Für die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere für Familien, bedeutet das virtuelle Rathaus einen enormen Zeitgewinn. Vieles kann bequem von zu Hause aus erledigt werden.“

Ullrich Sierau, Oberbürgermeister der Stadt Dortmund

Dortmund ist das Wirtschafts- und Handelszentrum Westfalens, etwa 600.000 Menschen leben hier. Die Stadt entwickelt sich immer mehr von einer Industriemetropole zu einem bedeutenden Dienstleistungs- und Technologiestandort. Sechs Hochschulen bilden derzeit mehr als 40.000 Studierende aus. Neben der TU Dortmund haben hier 19 weitere wissenschaftliche Einrichtungen ihren Sitz. Die Metropole treibt kontinuierlich den Strukturwandel voran, um die hohe Arbeitslosigkeit abzubauen.

Virtuelles Rathaus Dortmund

In der Verwaltung eingesetzte Informationstechnologie entlastet das Zeitbudget von Familien erheblich. Dortmund betreibt seit 2002 das virtuelle Rathaus. Fast alle kommunalen Dienstleistungen sind auf diesem Portal mit umfangreichen Informationen hinterlegt. Falls erforderlich, gelangen die Bürger über Links zu weiteren (auch externen) Informationen. Das virtuelle Rathaus stellt Leistungen bereit wie die Online-Gewerbeauskunft oder die Online-Suche im städtischen Fundbüro. Weitere Beispiele sind im folgenden Kasten zusammengestellt. Die Mitarbeiter der Bürgerservices übernehmen Schnittstellenfunktion: Sie machen auf Online-Dienste aufmerksam und versuchen Vorbehalte bei den Bürgern abzubauen. Der Aufbau und die Pflege eines solchen Portals erfordert eine umfangreiche Prozesssteuerung. Arbeits- und Organisations- sowie Personalentwicklung sind zu kombinieren.

Praxisbeispiel virtuelles Rathaus Dortmund: doMap

Einwohnermeldeauskunft

Das virtuelle Rathaus doMap ermöglicht den Bürgern den direkten Zugriff auf das Meldeprogramm der Stadt Dortmund. Es ist kein Schriftverkehr erforderlich, die Bezahlung erfolgt online. Da das Ergebnis der Suche direkt am Bildschirm erscheint, sparen die Bürger Wartezeiten. Das Ergebnis wird im Bürgerkonto (Auftragsmappe) gespeichert. Die Funktion ist ohne weitere Kosten jederzeit erneut aufrufbar.

Online-Terminvereinbarungen

Termine können rund um die Uhr gebucht werden (7 x 24 Stunden). Hierdurch entfallen Warteschleifen im Call-Center. Das Anzeigen freier Zeiten ermöglicht langfristige Planung.

Wohngeldantrag

Erst-, Wiederholungs- und Erhöhungsanträge können über doMap komplett online abgewickelt werden. Die Nutzer werden – orientiert an den Nutzervorgaben – auf Basis einer Prozesslogik durch den Antrag geführt. Notwendige Dokumente können sofort oder später angehängt bzw. online übermittelt werden. Der Stand der Erledigung kann per Auftragsverfolgung eingesehen werden.

Wunschkennzeichen-Reservierung

Bürger suchen mit dieser Funktion ohne Zeitdruck nach einem gewünschten Kennzeichen und einer Alternative. Für eine vorgenommene Reservierung erhalten sie eine entsprechende Bestätigung. Durch dieses Vorgehen können Kennzeichen bereits im Vorfeld gefertigt werden und doppelte Wartezeiten sind überflüssig. Die Bezahlung erfolgt erst nach der Zulassung vor Ort.

Bürgerservice

doMap stellt umfassende Informationen zu den Serviceleistungen der Stadt Dortmund bereit. Sie sind gegliedert nach Themen und Behördenstruktur. Unter „Services und Formulare“ finden sich zum Beispiel Services mit Leistungsbeschreibungen, Öffnungszeiten, Parkplatzangeboten und Kontaktdaten der zuständigen Dienstleister. www.domap.de

Zum E-Government zählen auch **elektronische Formulare**, die auf Formularservern oder Behördenportalen rund um die Uhr zur Verfügung stehen. Im besten Fall lassen sie sich direkt am Bildschirm ausfüllen. Gut generierte Formulare bieten ausreichend Platz, zum Beispiel für lange Namen und Berufsbezeichnungen. Idealerweise sollten Formulare so programmiert sein, dass alle Informationen beim Ausfüllen zwischengespeichert werden, sodass die Eingabe unterbrochen werden kann, ohne erneut von vorne beginnen zu müssen. Ein intelligent programmiertes elektronisches Formular erscheint zudem als sogenannter „Formulardialog“ und blendet überflüssige Zeilen nicht erst ein.



„Die überkommenen Organisationsstrukturen und Verwaltungsabläufe gingen und gehen vielfach immer noch mit der „Ressource Zeit“ um wie große Teile der Weltbevölkerung mit unseren natürlichen Umweltressourcen: als hätten wir diese im Überfluss.“

Prof. Dr. Dirk Heckmann, Experte für Internetrecht und E-Government



E-Government: Wissenschaftlicher Input (Prof. Dr. Dirk Heckmann)

E-Government bezeichnet allgemein die Verwaltung mit Hilfe elektronischer Medien. Der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie in der öffentlichen Verwaltung umfasst jede elektronische Verwaltungstätigkeit, zum Beispiel die Webseite einer Behörde, das Versenden (verschlüsselter) E-Mails, elektronische Verwaltungsverfahren mit cloudbasierten Datenbanken oder die Öffentlichkeitsarbeit über Social Media.

Behördengänge verursachen Familien Zeitstress

Die Öffnungszeiten von Behörden und Arbeitszeiten bilden ein klassisches Beispiel für fehlende Zeitsynchronisation. Familien entsteht in der Regel massiver Zeitstress, wenn ein berufstätiger Elternteil oder gar beide ein Amt aufsuchen müssen. Betrifft die Angelegenheit mehrere Verwaltungsstellen, verstärkt sich dieser Stress erheblich. Den „Einheitlichen Ansprechpartner“ gibt es bisher nur in einigen Kommunen.

Des Weiteren erhalten Bürger auch heute noch viele Formulare einzig in Papierform, und dies zum Teil bei nur einer Behörde. Es ist nicht auszuschließen, dass Familienmitglieder dort mehrmals persönlich erscheinen müssen, etwa um ein Formular zu holen und ausgefüllt abzugeben.

E-Government bringt Familien mehr Zeitsouveränität

Das Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung vom 25. Juli 2013 verpflichtet jede Bundesbehörde zur elektronischen Kommunikation. Bürger und Unternehmen müssen sich per E-Mail, De-Mail oder auch auf Bürgerportalen und Ähnlichem an eine Behörde wenden können. Online-Formulare ermöglichen es zum Beispiel, von zu Hause aus Anträge zu stellen. Regelungen zur elektronischen Aktenführung, zur elektronischen Akteneinsicht oder auch zu elektronischen Nachweisen erübrigen es außerdem häufig, die Behörde persönlich aufsuchen zu müssen. Der elektronische Personalausweis erlaubt den Nachweis der Identität über ein Lesegerät am heimischen Computer (eID-Funktion). Bei entsprechender Umsetzung des Gesetzes könnten Familien ihre Verwaltungsangelegenheiten jederzeit von zu Hause oder jedem anderen Ort aus verfolgen. Dies erspart Familien erhebliche Wege- und Wartezeiten.

Des Weiteren müssen laut Gesetz **verständlich aufbereitete Verwaltungsinformationen** online zugänglich sein. Dies ist möglich via Portal, Apps oder auch Sozialen Netzwerken. Auch dies bedeutet mehr Zeitsouveränität für Familien. Mangelnde Kommunikation und Desinformation rauben Familien besonders viel Zeit. Stadtverwaltung und die meist von den Kommunen getragenen Schulen können mittels aktueller und leicht zugänglicher Informationen die Lebensqualität von Familien durch Zeitsouveränität stark verbessern.

Neue Verwaltungskultur

E-Government sollte Chefsache sein. Die Akzeptanz bei den Verwaltungsmitarbeitern ist eine wesentliche Erfolgsbedingung für verbesserten Service via E-Government. Verwaltungsreform und Verwaltungsmodernisierung benötigen ein professionelles Change Management, das für einen reibungslosen Übergang in die Neuerungen sorgt. Damit E-Government nachhaltig dem Wohl der Bürger und damit Familien dient, sind elektronische Verfahren intelligent zu programmieren und die IT-Sicherheit muss stets gewährleistet sein. E-Government resultiert in einer modernen und bürgerfreundlichen Verwaltungskultur. Diese ist geprägt durch Offenheit, Transparenz und Partizipation, durch Open Government, Open Data und Open Access.

Erfahrungsaustausch und Ideenfindung

Ob und wie Services für Bürger und damit Familien angeboten werden, könnte eine kommunale Strategie festlegen. Um die **Bedarfe bezüglich der Informations- und Kommunikationstechnologie** zu erkennen, analysieren Kommunen Produkte, Prozesse und Abläufe in den Fachbereichen. Des Weiteren nutzen sie die Erfahrung der Mitarbeiter, etwa im Call-Center, im Bürger- und im Familienservice oder in Schulen und Kitas.

Bürgerbefragungen, etwa in den Bürgerbüros oder Familienzentren, sowie **Online-Befragungen** auf der städtischen Homepage könnten geeignete Instrumente sein, um die Wünsche und Bedarfe von Familien und Bürgern zu ermitteln. Hierbei ist den sprachlichen Barrieren in verschiedenen Bevölkerungsgruppen Rechnung zu tragen.

Positive Erfahrungen gibt es mit einer **Wissensdatenbank** innerhalb der Verwaltung. Diese lässt sich mit einer Familien-Hotline kombinieren. Eine übersichtliche städtische Webseite mit einer Rubrik „Familie“ informiert gezielt über Ansprechpartner, Erreichbarkeit und Zuständigkeiten. Die Angebote sollten lebenslagenorientiert aufgebaut werden (One-Stop-Government).

Eine kommunale Online-Plattform enthält idealerweise Informationen zu allen familienrelevanten Themen, zum Beispiel „Bildung und Betreuung“, „Kinder und Jugend“, „Wohnen, Bauen, Mieten“, „Seniorenberatung, -betreuung, und -pflege“ sowie aktuelle Freizeitangebote.

Ein breites **Spektrum von Tools und Online-Anwendungen** sorgt bereits aktuell für mehr Familienzeit: Hierzu zählen Online-Anmeldesysteme für Kitas, Freizeit- und Bildungsangebote, Ideen- und Beschwerdeportale sowie Bewohnerparkausweise, die online beantragt und ausgedruckt werden können. Ebenso die Kfz-An- und Abmeldung (inklusive Wunschkennzeichen), Apps der Kommunen und der ÖPNV-Anbieter sowie die Möglichkeiten der Online-Bestellung wichtiger Dokumente und der Online-Terminvereinbarung in Bürgerämtern. Diese Angebote könnten erweitert werden, etwa durch

- ausgebaute Online-Anmeldesysteme, etwa in den Bereichen Freizeit und Bildung,
- die Möglichkeit behördenübergreifender Anträge für Sozialleistungen (Elterngeld, Kindergeld etc.),
- das Einstellen verbindlicher Übersichten der Leistungen nach Alter des Kindes oder Familienstand
- sowie das Bündeln der Formulare in einem Formularpool bzw. -server.

Herausforderungen des E-Governments liegen in der technischen Komplexität, der Wirtschaftlichkeit, bestehenden Unsicherheiten durch „Online-Kommunikation“ und Widerständen innerhalb der Verwaltung. Zudem erscheint die elektronische Abbildung von Prozessen nicht in allen Bereichen sinnvoll, zum Beispiel bei Baugenehmigungen. Besonders bezogen auf kleine Gemeinden stellt der hohe Investitionsbedarf (hohe Vorleistungen für Online-Dienste) eine Herausforderung dar.

Die Verwaltungsspitze sollte IT-Dienstleistungen unterstützen, wobei der Ressourcenausstattung (Personal und Finanzen) hohe Bedeutung zukommt. Da fachbereichsübergreifende Handlungsfelder bedient werden müssen, bedarf E-Government einer zentralen Verantwortung.

Drei Fragen an den Dortmunder Oberbürgermeister Ullrich Sierau:

1. Was bedeutet Familienzeitpolitik für Ihre Stadt?

Familienpolitik hat in unserer Stadt einen hohen Stellenwert. Familien sollen sich in Dortmund wohl fühlen und optimale Rahmenbedingungen vorfinden. Nur wenn wir in unsere Familien, in Kinder und Jugendliche investieren, können wir die Zukunft erfolgreich gestalten. Familienfreundliche Unternehmen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Betreuungsangebote für Kinder, Stadtplanung, Freizeit, Nachbarschaften – all das sind Faktoren der Dortmunder Familienpolitik. Dazu zählt für uns auch, den Fokus auf Zeiten für Familien zu legen.

2. Worin liegt die besondere Herausforderung für Ihre Stadt bezogen auf die Familienzeitpolitik?

Familien haben in bestimmten Lebensphasen und Lebenslagen unterschiedliche „Familienzeitbedarfe“. Die familienpolitische Herausforderung liegt darin, diese Bedarfe in Einklang zu bringen. Konkret könnte das zum Beispiel heißen, Zeitstrukturen der Arbeitswelt und die Freizeit der Familien aufeinander abzustimmen.

3. Bekommen Sie oder Ihre Mitarbeiter in der Verwaltung Rückmeldungen von Familien und/oder Unternehmen zu Ihrem Engagement in der Familienzeitpolitik?

Gezielte Rückmeldungen von Eltern zum Thema Familienzeitpolitik haben wir noch nicht erhalten. Allerdings werten wir die weiterhin steigende Nachfrage nach Plätzen im Offenen Ganztage, der U3-Betreuung oder auch nach Ferienbetreuungsangeboten als Indiz dafür, dass die Familienzeitpolitik der Stadt Dortmund sich an den Bedarfen und Bedürfnissen der Eltern orientiert. Im Rahmen des städtischen Beratungsprogramms FamUnDo (Familiengerechte Unternehmen in Dortmund) stellen wir außerdem regelmäßig bei Workshops mit den jeweiligen am Beratungsprogramm teilnehmenden Unternehmen fest, dass das bestehende Betreuungsangebot bzw. dessen geplanter weiterer Ausbau positiv anerkannt werden. Für manche Unternehmen ist das Beratungsprogramm auch ein Anstoß, darüber nachzudenken, durch welchen eigenen Beitrag sie berufstätige Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – gerade im Hinblick auf Familienzeit – unterstützen können.

Kontakt

Stadt Dortmund
Dortmunder Systemhaus
Deggingstraße 42
44141 Dortmund

Telefon 02 31 / 50-22 10 3

dortmunder-systemhaus@stadtdo.de

www.dortmunder-systemhaus.de

Fragen und Anregungen zum Portal bitte an:

domap-feedback@stadtdo.de

Stadt Dortmund – Familien-Projekt

Märkische Str. 24-26

44141 Dortmund

Telefon 02 31 / 50-29 89 5

familie@dortmund.de

www.familienprojekt.dortmund.de

Familienzeit und Stadtentwicklung in Hannover



„Die Stadt Hannover hat das Thema Familienorientierung schon seit langem zu einem Kernbereich ihrer Aktivitäten erklärt. Wir freuen uns über die Tagung hier und verstehen sie auch als Auszeichnung unserer Arbeit. In den Kommunen zeigt sich für Familien, wie ernst es der Gesellschaft mit der Kinder- und Familienfreundlichkeit in diesem Land ist.“

Stefan Schostok, Oberbürgermeister der Stadt Hannover



In **Hannover** leben fast 520.000 Menschen. Die niedersächsische Landeshauptstadt ist Sitz vieler namhafter Unternehmen wie der Continental AG, Volkswagen Nutzfahrzeuge oder Bahlsen. Über 107.000 Beschäftigte pendeln in die Stadt an der Leine. Hannover besitzt das weltweit größte Messegelände. Jedes Jahr finden hier über 30 nationale und internationale Messen statt, darunter die Leitmess Hannover Messe und CeBIT. An sechs Hochschulen sind 40.000 Studierende eingeschrieben.

Hannover ist ein gutes Beispiel für familienorientierte Stadtentwicklung: Bereits vor vielen Jahren legte die Stadt einen Handlungsschwerpunkt auf die Familienpolitik. In der Landeshauptstadt gibt es zum Beispiel eine dezernatsübergreifende Steuerungsgruppe, ein Familienmanagement als Schnittstelle zwischen Betrieben und Stadtverwaltung, eine Familienberichterstattung, stadtteilbezogene Familienkonferenzen und Expertenanhörungen. Zur Impulsveranstaltung der Großstadtinitiative bereiteten die Vertreter anderer Kommunen vorab eigene Beispiele für eine zeitbewusste Stadtplanung vor, um einen direkten Wissenstransfer sicherzustellen.

Aktionsraumkonzept für die Stadtentwicklung nutzen: Wissenschaftlicher Input (Prof. Dr. Herbert Schubert)



„Wir stehen vor einer ähnlichen Situation wie vor 120 Jahren, als in Deutschland (1893) die Ortszeiten abgeschafft und durch eine einheitliche Zeitzone ersetzt wurden. Zur Synchronisation der aktuellen lokalen Zeittakte, die den Familienalltag erschweren, plädiere ich für die Institutionalisierung einer kommunalen Familienzeitplanung, die auf der Zusammenarbeit von Stadt- und Sozialplanung aufbaut. Die Sozialplanung ist für die Integration von Zeiten der Betreuung, Bildung, Gesundheit und Freizeit verantwortlich und die Stadt-(Entwicklungs-)Planung für die Abstimmung von Standorten, Wegen und Verkehrszeiten im Sinne einer „Stadt der kurzen Wege“.“

Nach der Logik der New Public Governance sind dabei auch Gelegenheiten für die Beteiligung von Familien, Verbänden, Institutionen und Betrieben zu schaffen und enge Verknüpfungen mit den politischen Entscheidungsgremien sicherzustellen. Als wichtige Grundlage brauchen wir dafür einen Blick für die Aktionsräume der Familien. Daher sollte das Aktionsraumkonzept ins Aufgabenfeld der Stadtforschung aufgenommen werden, um im Rahmen eines Monitorings über die Wege- und Zeitbelastungen von Familien kontinuierlich berichten zu können.“

Prof. Dr. Herbert Schubert, Fachhochschule Köln, Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften, Direktor des Instituts für angewandtes Management und Organisation in der Sozialen Arbeit, Leiter des Forschungs- und Entwicklungsschwerpunktes „Sozial Raum Management“

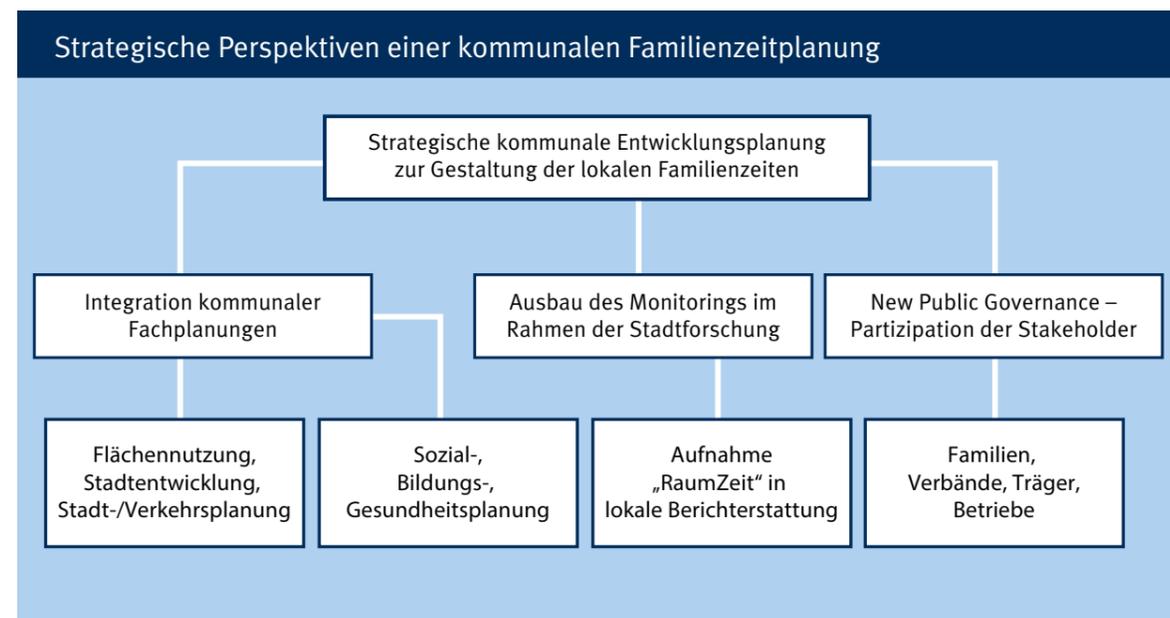
Kommunen besitzen vielfältige Einflussmöglichkeiten in den Handlungsfeldern Stadtentwicklung, Verkehr, Sozial- und Bildungsplanung. Der **Aktionsraum von Familien** eignet sich als Orientierungsrahmen für die Stadtplanung. Ein „Aktionsraum“ bezeichnet die Menge der Orte, die eine Person oder Gruppe innerhalb einer bestimmten Zeit für bestimmte Aktivitäten aufsucht, sowie deren zeitliche und räumliche Beziehungen.

Die Lage des Wohnortes ist entscheidend für die Aktionsräume von Familien: Ein hoher Wegeaufwand wie in Stadtrandlagen beschränkt sie zum Teil stark. Kommunen können durch eine gute Anbindung von Wohngebieten an den innerstädtischen ÖPNV Zeit und Kosten für die anfallenden Wege direkt beeinflussen. Das Zeit-Raum-Modell könnte Aktionsräume von Familien abbilden und daraus Erkenntnisse für die Stadtplanung und -entwicklung ableiten. Werden die Zeit-Raum-Relationen von Familien – etwa durch Raumbesichtigung und repräsentative Bürgerumfragen – in das kommunale Monitoring integriert, lassen sich die gewonnenen Daten und Analysen als Basis für kommunale Planungen nutzen. Eine entsprechende Berichterstattung sollte kontinuierlich fortgeschrieben werden.

Empfehlungen für eine kommunale Familienzeitplanung

Geeignete Rahmenbedingungen erleichtern es Kommunen, verschiedene Organisationsfelder zu synchronisieren. Kommunalverwaltungen fahren gut damit, interdisziplinär zu planen und Planungskräfte, Unternehmen, Verbände, Sozialpartner sowie Familien nach der Logik der New Public Governance in die strategische Planung einzubeziehen. Hierfür eignen sich entsprechende Austauschplattformen, zu denen eine Kommune die zentralen Taktgeber einlädt. In diesem Rahmen kann sie Ergebnisse der integrierten Planung vorstellen sowie Möglichkeiten einer Zeitsynchronisation aufzeigen. Bei der Umsetzung vor Ort sind Maßnahmen auf Quartiers- oder Stadtteilebene und auf städtischer Ebene (etwa Routen und Zeiten des ÖPNV) zu koordinieren.

Die folgende Abbildung zeigt die strategischen Perspektiven einer kommunalen Familienzeitplanung vor dem geschilderten Hintergrund:



Quelle: Vortragsfolien Prof. Dr. Herbert Schubert.

Stadt der kurzen Wege als Leitbild

Ein Beispiel für eine familienzeitbewusste städtische Sozialplanung bildet der Ausbau von Kindertageseinrichtungen zu Dienstleistungs- und Familienzentren. Diese bündeln Angebote für Familien und reduzieren so den Wege- und damit den Zeitaufwand. Zur fundierten Planung erheben Kommunen das lokale Angebot an familienunterstützenden Dienstleistungen, bestimmen den Bedarf vor Ort und entwickeln daraus integrierte Konzepte.

Eine Stadt- und Verkehrsplanung, die sich vom Leitbild der „Stadt/Region der kurzen Wege“ leiten lässt, erspart Familien in erster Linie Wegezeiten. Umsetzungsbeispiele sind fußgängerfreundliche Verbindungen, die Förderung des Rad- und ÖPN-Verkehrs sowie schnell erreichbare multifunktionale Stadtquartiere. Dies reduziert Zeitdisparitäten zwischen Stadtkern und Stadtrand. Die Verkehrsentwicklungsplanung könnte Verkehrsrouten und Haltezone an für Familien zentralen Standorten und Infrastrukturen (Schulen, Familienzentren, Mehrgenerationenhäuser etc.) ausrichten.

Familiengerechte Stadtteilentwicklung Hannover-Kronsberg: Erfolgsfaktoren

Mit dem Stadtteil Kronsberg entwickelten die Hannoveraner Stadtplaner ein beispielhaftes Stadtviertel mit kurzen Wegen und guter Infrastruktur. Beides mindert den Zeitstress von Familien erheblich. Neue zukunftsfähige flächendeckende Standards in Städtebau, Ökologie und Sozialplanung kennzeichnen dieses Stadtentwicklungsprojekt.

Während der Planungs- und Realisierungsphase schlossen sich die sozialen und kulturellen Dienste zu einer **Arbeitsgruppe „Vernetzte Stadtteilarbeit“** zusammen. Ihre Arbeitsergebnisse bildeten die Basis für die soziale und kulturelle Infrastruktur und für die Arbeit im Stadtteil. Die Stadt Hannover verpflichtete sich selbst, zeitgleich mit der baulichen Entwicklung die gesamte soziale Infrastruktur und die Stadtbahn-Anbindung entstehen zu lassen. Die Wohnungsbaugesellschaften stellten ein Prozent ihrer Wohnflächen dezentral für soziale und kulturelle Nutzungen zur Verfügung.

Die umgesetzte familiengerechte Stadtentwicklung berücksichtigte **alle Altersgruppen** und bezog sie über eine **beispielhafte Bürgerbeteiligung in den Planungsprozess** ein. Diese beinhaltete regelmäßige Informationsveranstaltungen und eine Stadtteilzeitung. Auch wurde ein **Stadtteilkoordinator** eingesetzt. Das soziale und kulturelle **Stadtteilzentrum KroKuS** entstand als Ort der Begegnung und zentrales Forum für eine vernetzte Stadtteilarbeit. Hierdurch etablierten sich funktionierende Kommunikationsstrukturen, eine gute Nachbarschaft sowie ein identitätsstiftendes Wohnumfeld mit einem großen Verantwortungsbewusstsein der Bürger für den Stadtteil.

Eine integrierte Stadt- und Sozialplanung benötigt entsprechende **finanzielle und personelle Ressourcen** sowie **„Rückenwind“ durch die Stadtspitze**. Des Weiteren bedarf es eines kulturellen Wandels in der gesamten Verwaltung. Nur so können Beschäftigte sich als Multiplikatoren begreifen. Dezernatsübergreifende Arbeitsgruppen und ein institutionalisiertes Familienmanagement sind sinnvolle Wege, „Querdenken“ strukturell zu verankern. Planer sollten sich der zentralen Bedeutung der Stadtraumgestaltung für Familien bewusst werden und Alt und Jung an Planungen teilhaben lassen.

Familienberichterstattung

Hannover machte darüber hinaus gute Erfahrungen mit einer gleichermaßen datenbasierten und dialogorientierten Familienberichterstattung. Bausteine sind

- eine Repräsentativerhebung (mehr als 20.000 zufällig ausgewählte Familien),
- zwei Familienforen und sechs Familienkonferenzen für Jung und Alt in ausgewählten Stadtteilen,
- Austauschmöglichkeit über das Internet-Forum „Online-Familienkonferenz“
- sowie ein Familienmonitoring, das alle drei Jahre in Berichtsform fortgeschrieben wird.

Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Zeit und Raum für Jugend

Eine Herausforderung der kommunalen Familienzeitpolitik bezogen auf die Jugendbeteiligung liegt darin, der Vielfalt von Ethnien und Kulturen gerecht zu werden. Sowohl Verfügungsflächen für spezielle Nutzungen als auch freie Räume werden benötigt.

Eine Kommune, die Jugendliche von der Idee bis zur Umsetzung einbezieht, lässt diese Wertschätzung erleben und Erfolge spüren. Dies erfordert ein neues Planungsverständnis, bei dem professionelle Planer sich zurücknehmen müssen. Gesetzliche Vorgaben, etwa hinsichtlich der Lärmentwicklung bei planungsrechtlicher Ausweisung von Bolzplätzen, Basketball- oder Skateanlagen, sind zu berücksichtigen. Jugendliche benötigen freie Räume und Plätze. Für diese sind mehrfache Nutzungsmöglichkeiten einzuplanen, die im Dialog mit allen Beteiligten und möglichen Nutzern diskutiert werden müssen. Bei anderen gesellschaftlichen Gruppen muss für Verständnis geworben werden, zum Beispiel für zeitweiligen Lärm.

In Kommunen werden bereits gezielt Beteiligungsformate für Jugendliche entwickelt und praktiziert, zum Beispiel wurde Jugendbeteiligung per Satzung im kommunalen Ortsrecht verankert. Darüber hinaus ist es möglich, bei Ausschreibungen zur Gestaltung öffentlicher Räume oder Gebäude Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche ins Leistungsverzeichnis aufzunehmen. Etwa könnten Schüler Gestaltungsideen für Schulmensen oder -höfe mit entwickeln. Wichtig ist, dass die Beteiligung Jugendlicher unmittelbar sichtbare und konkrete Ergebnisse hervorbringt.

Ein Ratsbeschluss oder eine Dienstanweisung des (Ober-)Bürgermeisters zur fachbereichsübergreifenden Planung kann diese Beteiligung garantieren. Diese sollte weitere Akteure, etwa Wohnungsbaugesellschaften, in den Planungs- und Beteiligungsprozess integrieren. Auch lässt sich externer Sachverstand einbinden, etwa aus Hochschulen oder dem Audit familiengerechte Kommune.

Alter(n)sgerechte Quartiersentwicklung

Im Fokus der Quartiersentwicklung steht die zukunftsfähige Gestaltung integrierter Versorgungs- und Unterstützungsstrukturen, angesichts der demografischen Veränderungen eine der wichtigsten kommunalen Aufgaben. Die Menschen sollen möglichst lange selbstständig und bei guter Lebensqualität in ihrer Wohnung und in ihrem Umfeld leben können. Eine alter(n)sgerechte Quartiersentwicklung sorgt dafür, dass Jung und Alt gleichermaßen gut erreichbare (Versorgungs)-Angebote zur Verfügung stehen. Außerdem gewährleistet sie ausreichende Unterstützungs- und Pflegedienstleistungen. Ein Mangel an Information und Beratung, an geeigneten Wohnflächen (Größe, Barrierefreiheit, Bezahlbarkeit) sowie eine unzureichende, sich nur über längere Zeit entwickelnde Vertrauensbasis für Untervermietung erschweren es, wünschenswerte gemeinschaftliche Wohnformen zu etablieren. Eine alter(n)sgerechte Quartiersentwicklung wirkt der häufigen Isolation und Vereinsamung im Alter entgegen. Sie schafft Rahmenbedingungen für eine selbstständige Lebensführung.

Weitere Aufgaben resultieren aus der zunehmenden Altersarmut und daraus, einer sozialen Segregation entgegenzuwirken.

Die Quartiersentwicklung unterstützt die Inklusion, indem sie einen Schwerpunkt auf gesellschaftliche Teilhabe, Selbstbestimmung und barrierefreie Gestaltung aller Lebensbereiche legt. Menschen mit Behinderung sollen stärker als bisher in die Aktivitäten vor Ort einbezogen werden. Dies gelingt vor allem über integrierte Wohn-, Betreuungs- und Freizeitangebote. Eine inklusive Planung, für alle als Planungsprinzip etabliert, unterstützt den Generationenverbund und den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Zuge der Quartiersentwicklung.

Die Kommunalverwaltung kann diese unter anderem durch verlässliche Informations- und Beratungsangebote in Stadtteilbüros unterstützen. Darüber hinaus kann die Verwaltung gemeinsam mit Akteuren vor Ort Ideenwerkstätten durchführen, um bedarfs- und bedürfnisgerechte Strukturen für und mit den Bürgern im Quartier zu entwickeln.

Der Austausch zwischen Jung und Alt sollte angeregt werden, zum Beispiel über die Organisation von Telefonketten als Nachbarschaftshilfe, Generationentafeln oder das Projekt „Wohnen für Hilfe“. Kommunen könnten günstigen Wohnraum für Studierende in alternden Wohnquartieren schaffen, wobei die Studierenden im Gegenzug Senioren mit Serviceleistungen unterstützen. Dies fördert den Generationendialog und sorgt für unterstützende Strukturen.

Bei allen Aktivitäten empfiehlt sich eine strategische, datenbasierte Vorgehensweise, die kommunales Handeln messbar macht. Quartiersentwicklung erfordert zunächst personelle und finanzielle Mittel zur Realisierung. Mittel- und langfristig spart sie Ressourcen durch den Auf- und Ausbau sozialer Infrastruktur.

Familienfreundliche Räume – ein Quartier macht sich auf den Weg

Eine Herausforderung einer integrierten Stadtentwicklung liegt darin, dass mehrere Partner eine gemeinsame Strategie entwickeln und die ressort- und trägerübergreifende Kommunikation gestaltet werden muss. Dies bedeutet unter anderem:

- Es ist notwendig auch die Grenzen zu kommunizieren, zum Beispiel durch baurechtliche Vorgaben.
- Des Weiteren müssen unter anderem konkurrierende Interessen von Beteiligten ernst genommen und zielgruppenspezifische Beteiligungsformen entworfen werden.
- Auch kann es schwierig sein, eine Identifikation der Bewohner mit ihrer Stadt bzw. ihrem Quartier zu erreichen.

In diesem Zusammenhang kommt es darauf an, den richtigen Zeitpunkt bzw. die richtige Methode für die Bürgerbeteiligung zu finden. Zu dieser muss die Verwaltung eine positive Grundhaltung bekommen.

Leitlinien für die Bürgerbeteiligung bestimmen Handlungsstrategien und Strukturen für ressort- und trägerübergreifende Beteiligungsprozesse. Eine Kommune sollte situations-, zielgruppen- und ortsbezogene Beteiligungsformate anbieten und auch niedrigschwellige, preiswerte Formate vorschlagen. Von Beginn an sind Feedback und Transparenz der Ergebnisse mit zu planen.

Verwaltungsintern kann eine zentrale Stelle für Beteiligung als Kompetenzpool eingerichtet werden, die mit externen Profis kooperiert. Die Möglichkeiten der Beteiligung (Information, Mitwirkung, Mitbestimmung, Konsolidierung) sind den Bürgern zu kommunizieren. Ein solches Vorgehen kostet Zeit und Geld, verspricht aber eine nachhaltige Wirkung. Alle Aktivitäten bedürfen einer genauen Analyse der örtlichen Situation von der sozialen Lage über bauliche Aspekte bis hin zu Stimmungslagen.

Kurzinterview mit Oberbürgermeister Stefan Schostok, Oberbürgermeister der Stadt Hannover

Was bedeutet Familienzeitpolitik für Ihre Stadt?

Unsere Stadtpolitik greift die zeitlichen Herausforderungen des strukturellen und demografischen Wandels mit seinen komplexen Wirkungen auf den Arbeitsmarkt auf. So engagieren wir uns nicht nur in der Kinderbetreuung, sondern unter diesem Gesichtspunkt auch in der regionalen Fachkräfteallianz und in der Stadtplanung und -entwicklung.

Wir möchten, dass Familien sich in unserer Stadt wohlfühlen können. Dazu zählt, dass wir im Rahmen unserer Möglichkeiten dazu beitragen, dass Familien weniger Zeitstress haben. Für ein gesundes Aufwachsen brauchen Kinder und Erwachsene in Familien Zeit für sich, mit- und füreinander. Wir sollten es als eine wichtige Aufgabe ansehen, dass Familien ihre Phase der sogenannten „Rushhour“ entzerren können.

Worin liegt die besondere Herausforderung für Ihre Stadt bezogen auf die Familienzeitpolitik?

Sie liegen in der Synchronisation von Takt- und Öffnungszeiten. Nach wie vor sind wir bei bedarfsgerechten Angebotszeiten in der Kinderbetreuung gefordert und in der Organisation und Finanzierung des Personalwesens, um Zeitbedarfe abdecken zu können. Zum Beispiel sind Erzieherinnen und Erzieher in ihrer persönlichen Familienzeitplanung betroffen.

Was war für Sie die wichtigste Erfahrung aus Ihrer Teilnahme an der Initiative „Neue Zeiten für Familie“?

Wir konnten am Wissen um Strategien, Strukturen und Handlungsansätzen anderer Kommunen partizipieren.

Werden Sie sich auch nach dem Abschluss der Initiative weiter mit Vertretern der anderen teilnehmenden Städte austauschen?

Wir werden einige der neuen Kontakte sicherlich aktiv nutzen. Sie ergänzen unsere gute Zusammenarbeit im Großstadtbündnis der „Lokalen Bündnisse für Familie“.

Kontakt

Landeshauptstadt Hannover
Fachbereich Jugend und Familie
FamilienServiceBüro
Kurt-Schumacher-Straße 24
30159 Hannover
Telefon 05 11 / 168 - 43 53 5
familienservicebuero@hannover-stadt.de
www.hannover.de/familie

Neue Kontakte pflegen – den Austausch fortsetzen

Vertreter der an der Initiative „Neue Zeiten für Familie“ teilnehmenden Städte bearbeiteten an vier Orten die Agenda der Großstadtinitiative. Die persönlichen Zusammentreffen und die angeregten Diskussionen auf den vier Impulsveranstaltungen bilden die Basis für einen nachhaltigen Austausch der Teilnehmenden in der Zukunft. Diese betrachteten die Beispiele und Anregungen aus anderen Kommunen als Gewinn für ihre eigene Arbeit an und mit Instrumenten und Strategien kommunaler Familienzeitpolitik.



Am **8. Mai 2014** fand in Heidelberg die Impulsveranstaltung zum Thema „Ferienganztagsbetreuung als Standortfaktor für Familien und Unternehmen“ statt.



In Darmstadt diskutierten die Teilnehmer am **3. Juli 2014** über „Familienzeitpolitik in der Wissenschaftsstadt – Studieren, Forschen und Lehren mit Kind“.



Am **23. September 2014** ging es im Dortmunder Systemhaus um „Mehr Zeit für die Familie durch E-Government“.



Für die letzte Impulsveranstaltung der Initiative am **12. November 2014** wurde Hannover als gutes Beispiel für familienorientierte Stadtentwicklung ausgewählt.

Statements der Projektgruppe



Caroline Herff:
Projektleitung, Koordination und Organisation der Projektaktivitäten; Ansprechpartnerin für die Oberbürgermeisterbüros der Städte

“

Möglichkeiten zu schaffen, dass Menschen in unserer Stadt mehr Zeit für Familie haben, ist eine Investition in Gegenwart und Zukunft. Kinder erleben auf diese Weise verstärkt Halt, Wärme und Sicherheit. Eltern, die ihre Kinder intensiver, weil länger und häufiger erleben, verstehen diese besser und können Werte leichter vermitteln. Die so gewachsene Zufriedenheit nehmen die Eltern mit in ihr außerfamiliäres Leben und die Kinder mit in ihre Zeit als Erwachsene und Eltern. Damit schließt sich der Kreis.

Familienfreundlichkeit und Lebensqualität sind daher wichtige Standortfaktoren für eine Stadt – sowohl wirtschaftlich wie auch unter sozialgesellschaftlichen Aspekten.

“



Elena Reinders:
Zuständig für die organisatorische Planung und Umsetzung von Projektaktivitäten, Mitarbeit bei der inhaltlichen Gestaltung der Initiative

“

Dass Familienzeitpolitik in den einzelnen Kommunen auf ganz unterschiedliche Art und Weise gelebt und umgesetzt wird, konnte ich in meiner engen Zusammenarbeit mit den Ansprechpartnern aus den jeweiligen Städten erfahren. In vielen Städten ist das Thema Familienzeitpolitik nicht mehr nur im Kinder- und Jugendbereich einer Kommune verortet. Diese interdisziplinäre Betrachtung von Familienzeit ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, ganz im Sinne der Initiative „Neue Zeiten für Familie“.

“



Heinrich Zohren:
Inhaltliche Bearbeitung des Themas; Koordinator des Projekts „Familienzeitpolitik“

“

Das Familienzeitprojekt hat viele Impulse gegeben und aufgezeigt, wie Zeit für Familien in einer Stadt ermöglicht werden kann. Als Familienbeauftragter der Stadt Aachen freue ich mich besonders darüber, dass die Stadt Aachen die Familienzeitpolitik zum Schwerpunktthema ihrer aktuellen Reauditierung als familiengerechte Kommune gemacht hat, damit aus Worten Taten werden!

“



Björn Gürtler:
Unterstützung bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

“

Familienzeitpolitik ist ja eigentlich kein neues Phänomen, rückt aber mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer stärker in den Fokus. Und es ist ein spannendes Thema – vor allem aus Sicht der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Es betrifft viele Institutionen und Themenfelder: Von der Hochschule bis zur Kita, vom Unternehmen bis hin zur Stadtplanung, von der Schule bis zum E-Government. Man bekommt noch einmal einen komplett anderen Blick auf „seine“ Stadt.

“



Martina Vaßen:
Koordination Finanz- und Fördermittelcontrolling

“

Aus meiner Erfahrung als alleinerziehende Mutter heraus kann ich nur bestätigen, wie wichtig der Faktor Zeit für Familien ist. Für die Organisation jedes einzelnen Tages! Davon sind nur wenige ohne die ein oder andere Überraschung, die man dann regeln muss: Hitzefrei, Windpocken, Überstunden, Auto kaputt usw. Im Laufe des Projektes, zum Beispiel bei der Vorstellung der Idee hinter der Familienzeitpolitik oder den Best-Practice-Beispielen, habe ich manchmal zurückgeblickt und gedacht: Solche Angebote hätte ich dringend benötigt, als mein Sohn noch klein war!

“

III.

Ergebnissicherung: Nachahmung erwünscht!

Erkenntnisgewinn

Die Plattform der Initiative „Neue Zeiten für Familie“ erwies sich bestens dafür geeignet, praktikable Lösungen zur Familienzeitpolitik auf kommunaler Ebene zu erörtern und auszutauschen. Von den hier dokumentierten Ergebnissen und Handlungsempfehlungen sowie dem direkten Austausch profitierten alle teilnehmenden Städte, auch wenn sie aufgrund verschiedener Rahmenbedingungen sehr unterschiedlich aufgestellt sind. Aus den vier Impulsveranstaltungen wurden zentrale Aussagen bezogen auf kommunale Familienzeitpolitik gewonnen:

- Schulen und Kitas sind im Jahr deutlich länger geschlossen als Beschäftigte Urlaubstage haben. Daher belasten Ferienzeiten Familien mit berufstätigen Eltern organisatorisch und/oder finanziell stark. Eine ganzjährige Ferienbetreuung ist als Netzwerk verschiedener Akteure realisierbar. Sie entschärft diese Zeitkonflikte, schließt eine wichtige Lücke in der Betreuungskette und wird von berufstätigen Eltern sehr begrüßt.
- Studierende und Hochschulangehörige mit Kind(ern) haben besondere Zeitkonflikte zu bewältigen: Vorlesungs- und Prüfungszeiten sowie Semesterferien geben ihnen einen spezifischen Takt vor. Familienzeitgestaltung in einer Wissenschaftsstadt funktioniert im Austausch von Politik, Verwaltung, Hochschulen und Studentenwerken. Im Sinne einer positiven Standortentwicklung und der Fachkräftebindung stellt sie eine wichtige kommunale Aufgabe dar.
- E-Government ergänzt den kommunalen Beratungsservice und erweist sich als probates Mittel, Familien zeitlich stark zu entlasten. Die Verwaltung mit Hilfe elektronischer Medien sollte „Chefsache“ sein und erfordert gutes Schnittstellenmanagement sowie ein professionelles Change Management. Städtische Mitarbeiter sind aktiv in die Prozesse der Verwaltungsoptimierung einzubeziehen.
- Wie sich eine Stadt weiterentwickelt, wirkt unmittelbar auf die ansässigen Familien. Daher sind deren Zeitkonflikte bei der Planung mit zu berücksichtigen. Familienfreundliche Stadtentwicklung bezieht familiäre Belange in eine integrierte Stadt-, Sozial- und Verkehrsplanung ein. Sie sorgt vor allem für kurze Wege und damit für mehr Zeitsouveränität. Sie reduziert darüber hinaus Zeitdisparitäten zwischen verschiedenen Wohnlagen und stärkt den Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft.

Kommunale Familienzeitpolitik ist eine Querschnittsaufgabe und betrifft alle Akteure einer Stadt(-verwaltung). Dies verdeutlichten besonders die Themen E-Government und Infrastruktur. Im Projektverlauf zeigte sich eine ausgesprochen positive Resonanz der fachspezifischen Vertreter der Kommunen – vor allem aus den Ressorts „Kinder“, „Jugend“ und „Soziales“ – auf die Zusammenarbeit in der Initiative und den damit verbundenen Know-how-Transfer. Angestoßen, gefördert und gesteuert werden müssen fachbereichsübergreifende Themen jedoch „von oben“.

Ausblick: Städte machen sich auf den Weg

Insgesamt besteht großes Interesse der Städte, sich auszutauschen und voneinander zu lernen. Beispielsweise erwägen einige Kommunen, in Anlehnung an das Heidelberger Modell eine zentrale Ferienbörse einzurichten oder in Hannover vorgestellte Beteiligungsstrukturen für ihre Quartiersarbeit zu nutzen. Vielfach griffen Städte Anregungen zu kleineren Veränderungen unmittelbar auf.

Das Engagement und die Resonanz der beteiligten Akteure zeigen, dass die Großstadtinitiative nachhaltig wirken wird: „Auf den bereits erzielten positiven Veränderungen und Entwicklungen in unserer Stadt werden wir uns nicht ausruhen. Die Teilnahme an der Initiative „Neue Zeiten für Familie“ ist Motivation für uns, weiter an diesem Thema dran zu bleiben und innovative Ideen zu entwickeln“, erläutert etwa der Dortmunder Oberbürgermeister, „wichtige und wertvolle Kontakte zu anderen Akteurinnen und Akteuren sind entstanden oder konnten vertieft werden. Einmal mehr haben wir festgestellt, wie bedeutend das Thema `Familienzeit` ist. Familienzeit wird zukünftig noch mehr in den Fokus gerückt und damit ein wichtiger Baustein unserer Familienpolitik sein.“

Beispiel Aachen

Das Beispiel Aachen zeigt, wie eine Stadt konkret bei der Gestaltung von Familienzeitpolitik vorgehen kann. Zurzeit baut die Stadt ihr **Profil als familienfreundliche Kommune** aus. Sie legt einen bewussten Schwerpunkt auf die **generationenübergreifende Familienzeitpolitik**. Familien mit Kindern, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen werden systematisch an relevanten Stadtentwicklungsplanungen beteiligt.

Derzeit konzipieren die Verantwortlichen ein **Familienservicebüro als zentrale Anlaufstelle für Familien**. Es ergänzt zukünftig die Servicebüros für die städtischen Mitarbeiter und Unternehmen sowie die zentrale städtische Informationsplattform www.aachen.de/familie. Auch entwickelt die Stadt **Online-Dienstleistungen** und andere Angebote eines E-Governments weiter, damit Behördengänge und Wartezeiten für Familien entfallen. Beispiele sind ein geodatenbasierter Familienstadtplan mit Informationen zu Kitas, Spielplätzen und Pflegeeinrichtungen, die Weiterentwicklung der AachenApp zum Thema Familie und eine lebenslagenorientierter Aufbau der Familienenseiten auf www.aachen.de

Darüber hinaus arbeitet Aachen am **Ausbau der Ganztagsferienbetreuung** für alle Ferienzeiten im Laufe der folgenden drei Jahre und kooperiert dabei mit vielen anderen Akteuren. Als weiteres Kooperationsprojekt entsteht derzeit ein Konzept zur Umsetzung einer flexiblen und bedarfsgerechten Betreuung von Kindern in unvorhergesehenen Betreuungsnotfällen. Auch die **Randzeitenbetreuung in Tageseinrichtungen** wird fortlaufend bedarfsgerecht ausgebaut. Außerdem arbeitet Aachen aktuell an der Umsetzung der ersten öffentlich geförderten Betriebskindertagesstätte. Weiteres Ziel der Kommune bildet der bedarfsgerechte und zielgruppenspezifische Ausbau des inklusiven Ganztags für Schüler aller Grundschulen und weiterführenden Schulen.

Im Rahmen des **Innenstadtkonzepts „Aachen 2022“** unternahmen Vertreter der Stadt sogenannte Kinderstadtspaziergänge. Dabei äußerten sich Eltern, Kinder und Erzieherinnen aus drei innerstädtischen Kitas konkret zu Problemen in „ihrem“ Stadtviertel. Angesprochen wurden Angsträume, Zeitkonflikte und Mobilitätsprobleme. Die Anregungen fließen aktuell konkret in das neue Konzept für die Stadtentwicklung ein. Die etablierte Broschüre **„Familienfreundliche Stadtplanung – Kriterien für Städtebau mit Zukunft“** für interne und externe Planer wird aktuell um den Prüfmaßstab „Zeit“ erweitert. Ferner konzipierte die Stadt eine Reihe von Aktivitäten, um in den Quartieren Nachbarschaften zu aktivieren und zu fördern. Darüber hinaus will die Stadt kontinuierlich darauf hinwirken, Veränderungen bei Akteuren aus der Wirtschaft oder den Hochschulen anzustoßen und zu begleiten.

Oberbürgermeister Marcel Philipp ist seit November 2014 Mitglied im Präsidium des Deutschen Städtetages (DST). Er ist entschlossen, die Erfahrungen aus der Initiative und der Umsetzung von kommunaler Familienzeitpolitik in Aachen in seine Arbeit im DST einzubringen, um den Ergebnistransfer aus der Großstadtinitiative weiter voranzubringen.

Informationsmaterial auf der Compact Disc

Materialien zur Auftaktveranstaltung der Initiative „Neue Zeiten für Familie“ am 3. Dezember 2013 in Aachen:

Präsentation Marcel Philipp, Oberbürgermeister der Stadt Aachen: „Neue Zeiten für Familie.
Die Großstadtinitiative deutscher Bürgermeisterinnen und Bürgermeister“

Präsentation Dr. Hans-Peter Klös, Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW):
„Familienzeitpolitik: Konzept, kommunale Ansatzpunkte und wirtschaftliche Bedeutung“

Materialien zur ersten Impulsveranstaltung am 8. Mai 2014 in Heidelberg:

Präsentation Sofie Geisel, Projektleitung Netzwerkbüro Erfolgsfaktor Familie: „Standortfaktor Ferienbetreuung“

Präsentation Astrid Stephany, Kristina Wetzel und Sabine Müller, Kinder- und Jugendförderung / Familienoffensive der Stadt Heidelberg: „Heidelberger Ferienangebote. Entwicklung, Strukturen und Möglichkeiten“

Ergebnispräsentation

Materialien zur zweiten Impulsveranstaltung am 3. Juli 2014 in Darmstadt:

Präsentation Prof. Dr. Irene Gerlach, Evangelische Fachhochschule Westfalen-Lippe (EFH): „Familienzeit in der
Wissenschaftsstadt. Herausforderungen und Potenziale einer Familienzeitpolitik in Hochschulstädten“

Präsentation Detlef Rujanski, Studentenwerk Siegen: „Studienzeit – Familienzeit“

Präsentation Barbara Akdeniz, Frauen-, Sozial- und Jugenddezernentin der Wissenschaftsstadt Darmstadt: „Die
Kommune im Lösungsdialog. Studieren, Forschen und Lehren mit Kind – Zeitpolitiken in einer Wissenschaftsstadt“

Ergebnispräsentation

Materialien zur dritten Impulsveranstaltung am 23. September 2014 in Dortmund:

Präsentation und Vortragstext Prof. Dr. Dirk Heckmann, Universität Passau, Mitglied des Bayerischen
Verfassungsgerichtshofs: „Mehr Familienzeit durch E-Government!“

Präsentation Andreas Trogisch, Organisation „Virtuelles Rathaus“ der Stadt Dortmund:
„Familienzeit durch E-Government“

Ergebnispräsentation

Materialien zur vierten Impulsveranstaltung am 12. November 2014 in Hannover:

Präsentation Prof. Dr. Herbert Schubert, Fachhochschule Köln: „Familienzeit durch kommunale Planung –
Integration von Stadtplanung, Sozialplanung und Infrastrukturplanung für Familienbelange“

Präsentation von Anja Kaul und Gerhard Kier, Stadt Hannover: „Familienzeit und Stadtentwicklung.
Nachhaltige Stadtteilentwicklung Hannover-Kronsberg“

Ergebnispräsentation

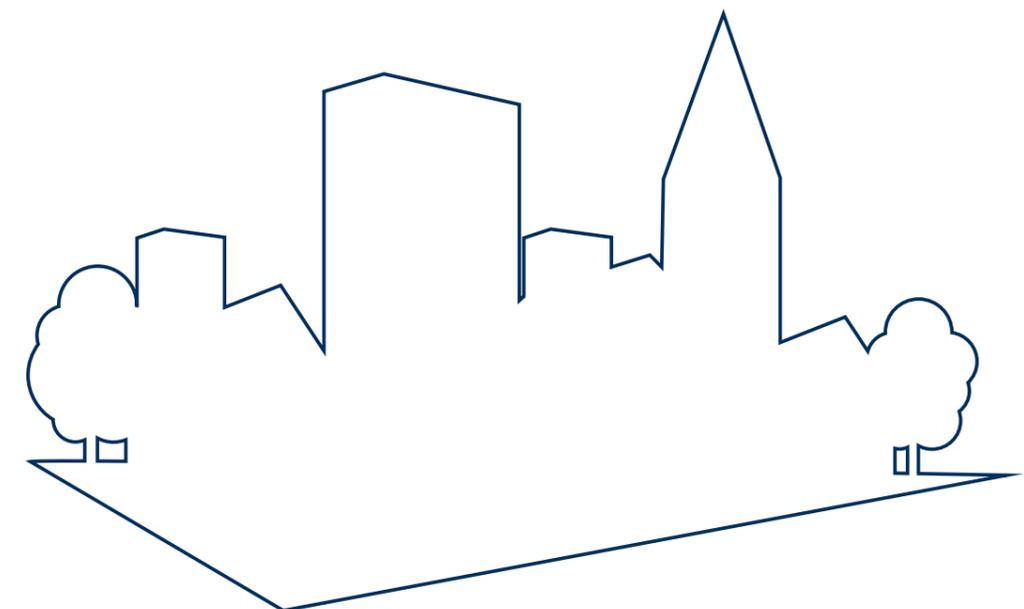
Dokumentation zur Initiative „Neue Zeiten für Familie“:

Initiative „Neue Zeiten für Familie“ (2015): Die Initiative „Neue Zeiten für Familie“.
Impulse aus der Praxis deutscher Großstädte für eine kommunale Familienzeitpolitik.

Imagefilm der Initiative „Neue Zeiten für Familie“

Literaturhinweise zur Vertiefung des Themas „Kommunale Familienzeitpolitik“

**Nebenstehende Materialien zur Initiative „Neue Zeiten für Familie“
finden Sie auf der beigefügten CD-ROM:**



Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Impressum

Herausgeber

Stadt Aachen

Der Oberbürgermeister

Initiative „Neue Zeiten für Familie“

Rathaus

52058 Aachen

Telefon 02 41 / 432 - 7230

Telefax 02 41 / 432 - 8008

Caroline.Herff@mail.aachen.de

Konzept, Text und Redaktion

Dr. Kerstin Burmeister, Aachen

www.kerstin-burmeister.de

Gestaltung und Satz

Sabine Schmidt, Aachen

www.das-design-plus.de

Druckerei

Silber Druck oHG, Niestal

Bildnachweise

Seite 3: Bundesregierung/Denzel, Seite 5: Stadt Aachen, Seite 14: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), Seite 16: Andreas Herrmann, Seite 18: Friedericke Hentschel/Stadt Heidelberg, Seite 19: Kay Schmedes, Seite 22: Stadt Darmstadt, Seite 23: Nina Weymann-Schulz, Seite 24: Studentenwerk Siegen, Seite 27: René Oehlgen, Seite 29: Universität Passau, Seite 31 oben: Christian Burkert, Seite 31 unten: Thilo Schmülgen/FH Köln, Seite 37: Impulsveranstaltung Heidelberg: Peter Dorn, Impulsveranstaltung Darmstadt: Waltraud Heims, Impulsveranstaltung Dortmund: René Oehlgen, Impulsveranstaltung Hannover: Helge Krueckeberg, Seiten 38 und 39: Andreas Schmitter.